

# Arbeiter-Zeitung

Als mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Wochens-  
beilage 0,50 Mk., monatlich 3,00 Mk., Einzelnummer 10 Pf.  
Beginn monatlich 3,00 Mk., unter Einverständnis 3,00 Mk.  
Preis: Die dreifachspaltige Millimeterzeile ober deren  
Breite- und Beschriftungsangaben 6 Pf. Restans-  
dreifachspaltige Millimeterzeile ober deren Raum im Zeit-  
schluß des Inseraten-Kalenders h. der Haupt-Expedition  
Kilometer-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

**für Schlesien und Oberschlesien**  
**Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

**Kauflerbestellen:** Breslau 10, Kreuzberg Str. 10, Tel. 100 20  
**Verkaufsstellen:** Breslau 544, Rebellstr. Breslau, Kreuzberg  
Str. 20, Tel. 229 02, Spreeufer bei Rebellstr. von 12-18,  
Montage 54, Grützelstr. von 17-18 Uhr, Gildengasse 11, 12  
Gildengasse, 26, Tel. 4085, Oppeln, Wabnitz 11, Tel. 1944  
Geldstr. 2, Tel. 2004, Gildengasse 12-13 Uhr, Gildengasse  
am Hauptbahnhof Breslau. — Berlin, 10117, Rebellstr. 10  
S.O. Berlin — Straßburg, 10117, Rebellstr. 10, 10117, 10117

## Bürgerertum flüchtet Orzesinski Beifall

### Aktionäres Presselob für den sozialdemokratischen Polizeiminister

Breslau, 26. März.  
Die drohende sozialdemokratische preußische Innen-  
minister gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung findet  
den Beifall der reaktionären Pressejournalisten. Während  
sozialdemokratische Presse durch kommentarlose Wiedergabe  
Massen stillschweigend ihre Zustimmung zur Verschärfen  
von KPB und KPD gibt, überbietet sich die rechts-  
Presse in einer maßlosen Kommunistenhetze und fordert  
den sofortigen Verbot der revolutionären Arbeiter-  
n. Außer den schon veröffentlichten Heftzahlen läßt sich  
weise die „Berliner Börsenzeitung“ folgendermaßen aus-  
sagen: Der Minister setzt endlich Anlässe zu einem etwas ener-  
gischeren gegen den kommunistischen Janhagel zeigt, so  
Anlaß, ihn dafür zu loben. Er erfüllt damit nur seine  
Pflicht und Schuldigkeit“. Und lassen sich die schweren  
der vergangenen Monate nicht wiederholt und die  
Fronts durch keinen Appell an die Parteien und durch  
wichtige Polizeiverfügung wieder lebendig machen!“  
„Tägliche Tageszeitung“ schreibt:  
„man aber an Hand der Tatsachen urteilen wollte, so  
sich in erster Linie um eine scharfe Überwachung des  
Kampferbundes handeln, der ja in Worten und Taten  
den Terror predigt!“  
„volksparteiliche „Hannoversche Kurier“ weist als Organ  
nspartei der SPD-Führer Orzesinski mit folgenden  
Weg:  
„In höchster Zeit, daß der preussische Innenminister end-  
denkt, aber es mutet doch einigermaßen merkwürdig an,

daß hier, wie so oft von sozialdemokratischer Seite her, der Rote  
Frontkämpferbund, der zweifellos an einer Stelle gemeint ist, und  
rechtgerichtete Organisationen in einen Topf geworfen werden!“  
Das volksparteiliche Organ stellt sich natürlich schützend vor die  
Mordtaten der faschistischen Verbände und fordert Orzesinski auf,  
seinen Erlaß ausschließlich gegen die revolutionäre Arbeiterschaft an-  
zuwenden. Das wird der Polizeisozialist Orzesinski als selbstverständ-  
lich befolgen. Sein Verbotserlaß trägt den Stempel der provolato-  
rischen Niedertrümpelung der revolutionär kämpfenden Arbeiterschaft  
und ihrer Organisation an der Stirn.  
Nicht die sozialdemokratische Presse in der Provinz, voran die  
„Volkswacht“, ist natürlich für die Aktion ihres Orzesinski. Natürlich  
wahrt sie den Schein, als würde der Erlaß mit der gleichen Schärfe  
gegen die faschistischen Verbände angewandt. Dabei weiß sie genau,  
daß das Gegenteil der Fall ist und der Verbotserlaß nicht zuletzt auch  
eine Entlastungsoffensive für die sozialdemokratische Führerschaft dar-  
stellt. Die sozialdemokratischen Mitglieder müssen von den  
Schandtatzen der Koalitionspolitiker und des sozialimperialistischen  
Kurses ihrer Führer abgelenkt und durch diesen Vorstoß gegen die  
kommunistische Bewegung wieder fester an den sozialdemokratischen  
Parteilaren geknüpft werden. Die revolutionäre Arbeiterschaft wird  
Orzesinski Verbotserlaß durch schärfste Kampfmaßnahmen beant-  
worten. Gegen den Willen der Polizeisozialisten und der Bourgeoisie  
wird das Proletariat unter Führung der KPD und des KPB, am  
1. Mai in ganz Deutschland geschlossen aufmarschieren und damit  
einen wichtigen Schlag gegen die verbrecherischen Verbotserlässe  
der revolutionären Arbeiterbewegung führen.

### Von Reudell bis Orzesinski

Vor einem Jahre forderte der Innenminister der Bürgerblat-  
regierung, der Stahlhelmmann v. Reudell, die Landesregierungen  
auf, den Roten Frontkämpferbund zu verbieten. Der Reudell-Erlaß  
wurde nicht nur durch eine langandauernde wüste Hetze der Eugen-  
berg-Presse gegen die Rote Front, sondern auch durch die Ver-  
bote des KPB vorbereitet, die von sozialdemokratischen Polizei-  
präsidenten und Oberpräsidenten ausgesprochen wurden, während der  
sozialdemokratische Innenminister Preußens die Aufhebung dieser  
Verbote wiederholt ablehnte. Der Sturmprotest der Arbeiterschaft  
gegen das Reudell-Verbot verhinderte im Vorjahre seine Durchführung.  
Die sozialdemokratischen Minister in Preußen und in anderen Länder-  
kabinetten begriffen selbst, daß sie ein allgemeines Verbot des  
Roten Frontkämpferbundes, so sehr es auch ihrer geheime Herzens-  
sehnsucht entsprach, mitten in der Wahlkampagne nicht unterstützen  
konnten. Sie appellierten daher gegen das Reudell-Verbot, zu dem  
sie selbst wesentlich beigetragen hatten, an den Staatsgerichtshof und  
gebarben sich als die Hüter der Demokratie. Damals stellten wir  
fest: die sozialdemokratischen Helfershelfer der Reaktion sind nur gegen  
ein allgemeines Verbot des KPB und der KPD, während der Wahl-  
kampagne, um die Unterdrückung der revolutionären Organisationen  
des deutschen Proletariats in einem späteren Zeitpunkt durch-  
zuführen.  
Heute, nach einem Jahre, kündigt der sozial-  
demokratische Innenminister Preußens, Orze-  
sinski, das Verbot der KPD und des Roten Front-  
kämpferbundes an. Ein Blick auf den Erlaß an die Polizei-  
behörden, bei dem „Ausruf“ des Polizeiministers angehängt ist, zeigt,  
daß Orzesinski im Gegensatz zu Reudell sofort zur  
Tat übergeht und den Belagerungszustand über die gesamte  
revolutionäre Arbeiterbewegung verhängt. Der Orzesinski-Erlaß gibt  
allen Polizeibehörden die Vollmacht zum Verbot der De-  
monstrationen, ja zum Verbot bzw. Auflösung aller Versammlungen  
in geschlossenen Räumen, die einen „unfriedlichen  
Charakter“ tragen. Dieser Ausdruck „unfriedlicher Prä-  
gung“ ist genau derselbe, den die Polizeireaktion in der Zeit des  
Sozialistengesetzes zur Begründung der Unterdrückung der  
Arbeiterbewegung gebrauchte. Der Weg von Reudell bis  
Orzesinski ist der Weg vom Bürgerblat zur Koali-  
tion. Ein Vergleich der beiden Aktionen bestätigt in schlagender  
Weise die Feststellung der kommunistischen Partei, daß die Koalitions-  
regierung des Trübschicks nur den verschärften reaktionären Bürger-  
blatkurs durchführt. Der Reudell-Erlaß im April 1918 zeigte die  
wachsende Bereitschaft zur Durchsetzung der bürgerlichen  
Demokratie mit faschistischen Methoden. Der Orze-  
sinski-Erlaß vom März 1920 zeigt diese Tendenz entsprechend der  
gewaltigen Verschärfung der Klassengegenstände, der Radikalisierung der  
Massen und dem Vormarsch der revolutionären Front in einer viel  
reiferen Form.  
Die gesamte Arbeiterschaft muß erkennen, daß der Unterdrückungs-  
schlag gegen die KPD und den KPB nicht eine bloße Wiederholung  
des Reudell-Verbots bedeutet. Die Gefahr ist nicht geringer,  
sondern größer geworden. Damals konnte die Sozialdemokratie  
noch nicht offen für das Verbot des KPB eintreten. Heute über-  
nehmen die Sozialfaschisten die Rolle Reudells.  
Sie müssen der Trübschicks, ihren Herrschern, beweisen, daß sie  
zur Unterdrückung und Niederwerfung der revolutionären Arbeiter-  
schaft ebenjotig zu gebrauchen sind, wie der Stahlhelm, daß der Geist  
Roses in der SPD nicht gestorben ist. Und die reformistischen Füh-  
rer brauchen dabei nicht zu heucheln. Ihre Interessen fallen ja mit  
denen des Finanzkapitals zusammen. Der rote Vormarsch  
bei den Betriebsrätewahlen bedroht ihre Positionen in  
den Betrieben ebenso, wie die des Gelbblades. Unter allen Folgen  
der revolutionären Vorhut der KPD war keiner, der die bürgerlich-  
sozialdemokratische Einheitsfront mit so tiefer Anruhe erfüllte, als  
die jüngsten roten Siege bei den Betriebsrätewahlen in der Berliner  
Verkehrs-WG, in den Glasteilmerten des Chemiekapitals, in den  
Kuhzügen und in anderen wichtigen Großbetrieben. Der Klassen-  
feind begreift, daß unser wachsender Einfluss in den Betrieben in den  
kommenden Wirtschaftskämpfen von entscheidender Be-  
deutung sein wird. Die Entfaltung der niedergebalteten Kräfte des  
Proletariats unter revolutionärer Führung bedeutet aber die weitere  
Erschütterung der wankenden kapitalistischen Stabilisierung und  
die Verschärfung der Krise des Kapitalismus!  
Wir wiederholen: aus allen diesen Gründen ist die Gefahr des  
Verbots nicht geringer, sondern größer geworden. Sie signalisiert die  
Einschätzung der KPD durch den Klassenfeind. Die Bourgeoisie sieht  
in uns die einzige Kraft, die imstande ist, den Wider-  
stand und die Gegenoffensive der werktätigen  
Massen gegen kapitalistische Unterdrückung, Raub-  
jenausplünderung und faschistische Reaktion zu  
organisieren. Gerade deshalb richten sich die ersten Köp-

## Verbot an den Bergarbeitern in D.-G.

Leipzig, 26. März. Der Mitte voriger Woche gefällte  
Schluss im deutsch-oberschlesischen Bergbau über die Rege-  
lungszeit und den Manteltarif ist von beiden  
Arbeitgebern und Arbeitnehmern, angenommen  
ist das eingetreten, was wir schon im voraus sagten:  
Schlichtungsbürokraten nehmen die Tarifkündigung nur  
Bergarbeiter zu beruhigen, nicht aber, um tat-  
Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen. Die Posa-  
den, die die Arbeiter wissen sehr gut, was sie  
sich, ihren Koalitionsfreunden in der Regierung,  
sagen. Sie wissen, daß jede Arbeitszeitverkürzung  
und die Lage der Unternehmer erschwert, deshalb  
sich, den Schlichtungsprozess, der für die Arbeiter unter-  
erlei, und für die über Tage nur geringfügige  
erfüllung bringt, zuzustimmen.  
Die Meinung der Bürokraten ist nicht die Meinung  
weiter. Die Bergarbeiter müssen ohne Rücksicht auf  
den „Führer“ erfolgte Zustimmung den Kampf für  
den Tag, 1,50 Mark Lohnhöhung, gegen den Schlicht-  
del organisieren. Überall dort, wo es noch nicht  
ist, müssen sofort Belegschaftsversammlungen  
stattfinden und der Kampf um die Arbeiter-  
beschlossen und Kampfleitungen gewählt  
kur wenn die ober-schlesischen Bergarbeiter die  
ng des Kampfes selbst in die Hand nehmen, wird  
lingen, trotz Sabotage der koalitionstreuen Gemein-  
raten, den Schlichtungsschwindel erfolgreich zu  
d, die Unternehmeroffensive zum Stillstand zu  
d die Siebenstundenschicht und 1,50 Mark Lohn-  
kämpfen.

63 Stimmen. Die Verteilung der Sitze erfolgt wie: Opposition  
7 Sitze und ein Ergänzungssitz, Reformisten das gleiche, Vaterlän-  
dische und Christen je 1 Sitz. Castellengogruppe: Es erhielten  
die Opposition 1163, also 7 Sitze, die Reformisten das gleiche, die  
Polen 86, keinen Sitz, Christen 311, also 1 Sitz, Berggemeinschaft  
137 Stimmen, also keinen Sitz.

### Die Vollziehung der Sachverständigen

Ul. Paris, 25. März. Die Vollziehung der Sachverständigen am  
Montagnachmittag dauerte nur kurze Zeit. Lord Revelstoke berichtete  
über den letzten Teil der Arbeiten seines Unterausschusses, der eine  
Reihe von Fragen zweiten Ranges noch nicht gelöst hat. So unter  
anderem auch die Frage der Bedingungen für die Aufgaben der  
Deutschen Bank. Der Unterausschuss Berlins hat gleichfalls bis auf  
wenige wichtigere Fragen, wie die Sachlieferungsfrage eine  
Einigung erzielt. Die Einberufung der nächsten Vollversammlung  
ist dem Vorsitzenden überlassen, doch glaubt man, daß am Mittwoch  
eine Vollziehung stattfinden wird. Unterbessen werden die privaten  
Besprechungen über die Höhe der deutschen Zahlungen fortgesetzt  
werden.

### Vom Tage

London, 26. März. Die britische Handelsdelegation für So-  
wjetrußland, die 90 Köpfe stark ist und etwa 150 britische Firmen ver-  
tritt, hat ihre Reise nach der Sowjetunion angetreten. Vor kurzer  
Zeit war es noch keineswegs sicher, ob die gebildete Kommission sich  
nach Rußland zur Herstellung engerer Handelsbeziehungen begeben  
würde, um so größer ist jetzt die Bedeutung.

Die Leiche des ermordeten Grafen Stolberg soll wieder aus-  
gegraben werden, weil ein Buch, das der Erschossene in Händen hielt,  
mit in den Sarg gelegt wurde und damit ein wichtiges Beweismittel  
unter die Erde gekommen ist.

Der Riesendampfer „Europa“ ist heute morgen 3,20 Uhr im  
Hamburger Hafen in Brand geraten. Das Vorder- und Mittelschiff  
soll bereits vom Brand ergriffen sein.

Der belgische Ministerrat genehmigte am Montag die Schaffung  
einer Luftverkehrslinie Antwerpen—Brüssel—Hamburg.

In der Nacht zum Montag brach in der von französischen Be-  
satzungstruppen besetzten Kaserne in Düren ein Schadenfeuer aus,  
durch das die Schneider- und Schuhmacherwerkstätten eingeebnet  
wurden.

### Der Schandstreik Gutemanns

Der Schandstreik Gutemanns hat nach einer Meldung  
sich einen neuen Schurkenstreik gegen die revolutionäre  
Opposition geleistet. Die aus sieben Kollegen bestehende  
zahlreiche Obergewerkschaft, Hamborn, wurde aus der Organi-  
sation ausgeschlossen. Der Grund für diese Maßnahme liegt darin,  
ng in einer Zahlstellerversammlung zugelassen hatte, daß  
einer einen Antrag auf Zustimmung zu dem Kelling-  
programm einbrachte und die Versammlung diesem  
immte. Der Antragsteller wurde gleichfalls aus der Or-  
gani-sation ausgeschlossen.

### Erfolge der Opposition bei den ober- schlesischen Betriebsrätewahlen

Regen uns folgende Ergebnisse vor: Carsten-Ben-  
ne: Es erhielten die Opposition 1357, Reformisten  
indische 320, Christen 270, Polen 114, Nationalsozialisten

# 24. MARZ Offener Sonntag!

Unser Haus  
Ist an diesem Tage  
durchgehend  
geöffnet von

11  
bis  
5U

## GROSSER VERKAUF

**Wir erwarten Sie!**

Unsere Riesenauswahl, unsere bekannten billigen Preise machen eine Reise nach Görlitz lohnend! Kommen Sie bestimmt!

3 Frühjahrs-Mäntel **9<sup>75</sup>**  
aus leichten modernen Stoffen, neue jugendliche Formen . . . **16<sup>75</sup> 14<sup>50</sup>**



Mädchen-Mantel **6<sup>75</sup>**  
imprägniert, Herrenstoff, moderne Karos, Gr. 45  
jede weitere Größe 75 Pf. mehr

Mädchen-Mantel **12<sup>50</sup>**  
englische Art, hübsche Verarbeitung, Größe 60  
jede weitere Größe 1.00 mehr

Mantel  
englischer Art, ganz auf Crêpe de Chine gefüllt, moderne jugendliche Form

Mantel **36<sup>75</sup>**  
englischer Art, Rücken mit eingelegl. Falten, moderne Kragenform ähnlich wie Bild

Mantel **26<sup>75</sup>**



Moderne Frühjahrs-Hüte

Stroh-Glocke **4<sup>85</sup>**  
zweifarb., Fantasiegeleitet, Bandgarnitur, ähnlich wie Bild

Flotte Tagal-Glocke **4<sup>50</sup>**  
in hübschen Farben



Festliche Frühjahrs-Hüte

buntfarb., sehr kleids., Strohhut **5<sup>75</sup>**  
ähnlich wie Bild

zweifarbiger Strohhut **6<sup>75</sup>**



Erstzückende Frühjahrs-Hüte

Aufschlag-Hut **7<sup>50</sup>**  
aus Hanf-Imitation, feine Farbtöne

Frauen-Hut **8<sup>75</sup>**  
Florino, mit reicher Seidengarnitur

3 Frühjahrs-Kleider **9<sup>75</sup>**  
aus modernen, einfarbigen, soliden Stoffen mit reicher Garnierung . . . **16<sup>75</sup> 12<sup>75</sup>**



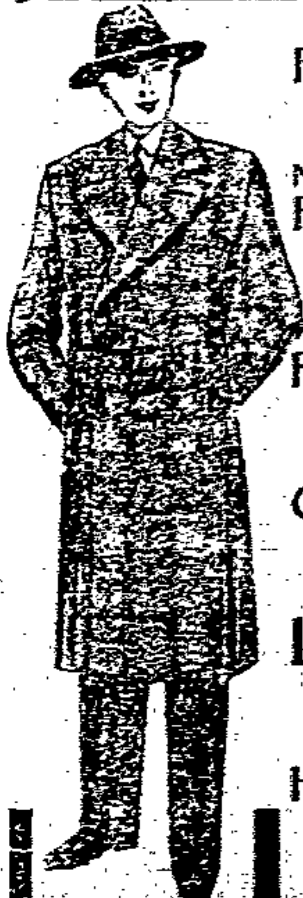
Schulkleid **6<sup>75</sup>**  
aus gezwirntem Wollrips, hübsche Faltenpartien, Größe 55  
jede weitere Größe + 50 Pf.

Kinder-Kleidchen **5<sup>75</sup>**  
aus gezwirnt. Wollrips, reizende Form, Größe 40  
jedeweil. Gr. + 25 Pf.

Veloutin-Kleid  
neuartiger Kragen und Manschett., sehr jugendliche Form

**19<sup>75</sup>**

Kleid  
aus Crêpe Coid mit Crêpe-de-Chine-Kragen u. Manschellen, Biesen- u. Falten-Garnierung, mod. Farben



Frühjahrs-Mäntel **19<sup>50</sup>**  
besonders preiswert 39.00, 35.00.

Moderne Frühjahrs-Mäntel **45<sup>00</sup>**  
guter Sitz, neueste Ausführung . . . 59.00, 54.00.

Elegante Frühjahrs-Mäntel **68<sup>00</sup>**  
neueste Stoffe, erstklass. Ausführung 87.00, 79.00.

Gummi-Mäntel **14<sup>50</sup>**  
gute Fabrikate, wasserdicht 24.50, 19.50.

Loden-Mäntel **19<sup>50</sup>**  
in verschiedenen Formen 31.50, 26.50.

Herren-Windjacken **9<sup>85</sup>**  
imprägniert, Sportform 14.50, 12.50.

Moderne Frühjahrs-Mantel **49<sup>00</sup>**  
mit Rundgurt wie Bild

Frühjahrs-Mantel **59<sup>00</sup>**  
gute Ausführung wie Abbildung . . .



buntfarb., sehr kleids., Strohhut **5<sup>75</sup>**  
ähnlich wie Bild

zweifarbiger Strohhut **6<sup>75</sup>**



Erstzückende Frühjahrs-Hüte

Aufschlag-Hut **7<sup>50</sup>**  
aus Hanf-Imitation, feine Farbtöne

Frauen-Hut **8<sup>75</sup>**  
Florino, mit reicher Seidengarnitur



Frühjahrs-Anzüge **24<sup>50</sup>**  
in soliden Stoffen 42.00, 35.00.

Moderne Frühjahrs-Anzüge **45<sup>00</sup>**  
1 und 2reihig, ladelos, guter Sitz . . . 54.00, 49.00.

Frühjahrs-Anzüge **58<sup>00</sup>**  
Ersatz für Maß 78.00, 65.00.

Sport-Anzüge **39<sup>00</sup>**  
4teilig, mit kurzer und lang. Hose 65.00, 54.00.

Breecheshosen **5<sup>95</sup>**  
9.85, 8.75.

Lederjacken **68<sup>00</sup>**  
für Herren, braun 85.00, 79.00.

Frühjahrs-Anzug **35<sup>00</sup>**  
aus soliden Stoffen wie Abbildung . . .

Frühjahrs-Anzug **5<sup>95</sup>**  
zweireih., gute Passform wie Abbildung . . .

KAUFHAUS  
ZUM

# STRAUSS

LENDEMANN & Co. A.G. \* GÖRLITZ



# Folgen des Orzeszki-Erlasses

## Kommunistische Versammlungspaläste in Steinau beschlagnahmt

Breslau, 26. März

Die der Erlass des sozialdemokratischen Volksgerichtshofes in der Praxis auswirkt, zeigt ein Vorfall, der sich in Steinau abspielte. Die Plakate, die unsere Genossen dort angeklebt hatten und in denen zu einer Protestversammlung gegen die Koalitionregierung aufgefordert wurde, sind von der dortigen Polizei entfernt und beschlagnahmt worden. Es bedurfte sich des energischen Protests unserer dortigen Genossen, um die Aufhebung der vollkommen unbegründeten Beschlagnahme der Plakate zu erwirken.

Das Vorgehen der Polizei wird unsere Genossen nicht einschüchtern. Genereller denn je werden sie ihre Arbeit im Interesse des Proletariats fortsetzen und verstärken. Arbeiter, schart euch um die kommunistische Partei! Beigt der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Verbündeten, daß ihr keineswegs gewillt seid, euch das Koalitionsrecht völlig rauben zu lassen. Steht in allen Betrieben und Massenorganisationen der Arbeiter energisch gegen die reformistischen Vertreter an den Arbeiterinteressen vor. Besucht die von der kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Protestversammlungen!

# Nieder mit der Koalitionregierung!

## Antwortet Orzeszki!

Heute Dienstag, den 26. März

- Sitzberg, 20 Uhr, im „Berliner Hof“. Referent: Genosse Schulz, M. d. L., Neuföhr.
- Dels, 20 Uhr, im „Großen Kurfürst“. Referent: Genosse Reimann, Breslau.
- Striegan, 20 Uhr, in der „Vierquelle“. Referent: Genosse Volkweber, M. d. L.
- Abnigau, 20 Uhr, in der „Preussischen Krone“. Referent: Stadtrat Genosse Simon, Posen.

Mittwoch den 27. März

- Vandeshut, 21 Uhr, im „Ludner-Saal“. Referent: Genosse Gelske, M. d. L.
- Brieg, 20 Uhr, im „Weinberg“. Referent: Genosse Jendrosch, M. d. L.
- Grünberg, 20 Uhr. Referent: Genosse Grobisch, Berlin, M. d. L.
- Sörlich, 20 Uhr, im Konzerthaus. Referent: Genosse Schulz, Neuföhr, M. d. L.
- Dohna, 20 Uhr, in der „Stadt Dels“. Referent: Genosse Reimann, Breslau.
- Petersdorf i. N., 19 Uhr, im Gerichtstretscham. Referent: Genosse Koberg.
- Breiburg, 20 Uhr. Referent: Gen. Volkweber, M. d. L.
- Strehlen, 19.30 Uhr, in der „Stadt Breslau“. Referent: Genosse Paul Schulz, Berlin.
- Sabelschwedel, 20 Uhr, im Gasthaus „Waldene Krone“. Referent: Gastwirt Schulz, Breslau.

Donnerstag, den 28. März

- Piegnitz, 20 Uhr, im „Habsburger Hof“. Referent: Genosse Meyer, Wandsch.
- Nieder-Hermsdorf (Waldenburg), 19 Uhr. Referent: Genosse Schulz, Neuföhr, M. d. L.

# Die falschlittige Wahlkomödie

Rom, 26. März

Das Wahlergebnis der „Wahl“ im falschlittigen Italien in falschlittiger Wahlberechtigung waren 9650 570 „gestimmt“, haben 8000 110 davon mit „Ja“ 8000 570 und mit „Nein“ 130 108. Die Wahlberechtigung betrug demnach 8903 Prozent. Unbedeutende Ergebnisse abgelegener Gemeinden ändern nichts an diesem Ergebnis.

Die falschlittige Presse feiert diesen Sieg Mussolinis und weist darauf hin, daß in falschlittigen Gemeinden ein hundertprozentiges Abstimmungs-Ergebnis für die falschlittige Diktatur abgegeben wurde, und in den größeren Städten der anstehenden Wahlberechtigung nur 6 bis 10 Prozent gegen die falschlittige Diktatur gestimmt hätten.

Darüber wird sich bei dem Terrorregime in Italien kein Klassenbewußter Arbeiter wundern. Es konnte nur mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt werden, und der „Ja“-Zettel für die falschlittige Diktatur trug den Ausdruck der Trifflorie, der offen vor den Augen des Wahlleiters abgegeben werden mußte. In jedem Wahllokal wurde die Wahlhandlung nochmals durch einen falschlittigen „Zerkleinerer“ geleitet, der sich in demonstrativer Weise für Mussolini ein. Wie ungeheuerlich der anzuordnende Druck war, kennzeichnet die falschlittige „Bozener Alpenzeitung“, die auf der rechten Seite in Plakatform folgende Worte veröffentlichte:

„Wer eine „Nein“-Stimme abgibt oder sich der Stimmgabe enthält, ist ein Verräter und Deserteur!“

Von den falschlittigen Organisationen wurden in mehreren Orten die Arbeiter und Bauern in geschlossenem Zuge mit Musikpelle und wehenden Fahnen zu den Wahllokalen geführt, ähnlich wie es die österreichischen Quader in früheren Jahren taten, wenn sie auf Leiterwagen „Ihr Heinde“ zum Wahllokal führten und nachher mit Freibeit traktierten.

Mussolini vertritt jetzt krampfhaft durch eine „Wahl“ der Welt zu beweisen, daß seine falschlittige Diktatur unumkehrbar fest verankert ist. Das ist keineswegs der Fall. Hätten die werktätigen Massen die Möglichkeit, sich ohne diesen unerhörten Terror über das blutige Regime Mussolinis zu äußern, so würden sie ein offenes demokratisches Verleumdung gegen die falschlittige Gewaltpolitik abgegeben haben.

# Trotz Verbot Antifaschistenmarsch in Basel

Basel, 25. März. Die angekündigte antifaschistische Demonstration in Basel hat trotz des Verbots durch den Bundesrat stattgefunden. Militärische und Polizeipatrouillen waren in der Stadt verteilt. Die Demonstration in Basel beherrschte die ganze Stadt. Durch Stellungnahme der Bundesregierung und den unerhörten Klammern der Bundesstruppen hatte die Bundesregierung eine Auswirkung auf ganze Bevölkerung.

Die deutsch-schweizerische Grenze war im Gebiet des Kantons Basel durch einen Militärlockdown abgeschlossen, um zu verhindern, daß von Birsach (Baden) Teilnehmer zu der Kundgebung in Basel erscheinen konnten. An der Grenze wurde ein unerhörter strenger Überwachungsdienst durchgeführt. Zahlreiche Deutsche wurden an der Grenze zurückgewiesen, obgleich sie im Besitz eines gültigen Reisepasses waren. Am Sonntag wurden sogar auf dem Badischen Bahnhof von Basel die Fahrgäste der Züge aus Baden am Uebersteigen der Grenze verhindert und zwangsweise wieder zurückbefördert.

Das gleiche Verbot wurde an allen anderen deutsch-schweizerischen Grenzübergängen durchgeführt. Sogar der Straßenverkehr von Basel nach Birsach wurde eingestellt, so daß man schon am Sonntagabend nur noch bis zur Grenze kommen konnte. Sogar Automobile, die aus dem Innern Deutschlands kamen, müssen bis Montag warten, ehe sie nach der Schweiz weiterfahren können. Die ganze Grenze von Rheinfelden bis Basel ist gesperrt. Alle diese Maßnahmen haben nicht verhindern können, daß sich die werktätigen Massen in Basel zum wuchtigen Protest gegen den blutigen Faschismus sammelten.

Aber nicht nur in Basel, sondern auch in den übrigen größeren Städten der Schweiz kam es am Sonntag zu wuchtigen Demonstrationen.

Die Arbeiterbewegung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt.

# „Im MW. Jena herrscht Ordnung“

Die Arbeiterbewegung in Jena hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt.

# BRENNENDE RUHR

Von K. GRÜBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

Die Arbeiterbewegung in der Ruhr hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in der Ruhr hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt.

Die Arbeiterbewegung in der Ruhr hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt. Die Arbeiterbewegung hat sich in den letzten Jahren in einer beispiellosen Weise organisiert. Die Arbeiter sind nicht mehr nur passive Opfer der Ausbeutung, sondern sie haben sich zu einer aktiven Kraft entwickelt.



nahmen der neuen reaktionären Unterdrückungsmaßnahme gegen die SPD. und den KPD.

Der Grzesinski-Erlass gewinnt im außenpolitischen Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Wir erinnern daran, daß im vorigen Jahre Eugen Berg das Verbot des KPD. ganz offen damit begründete, daß die KPD. und der KPD. „landesverräterische Organisationen“ seien, die die Interessen „eines fremden Staates“, der Sowjetunion, über die Interessen Deutschlands stellen.

Das Verbot gegen die KPD. und den KPD. bedeutet heute nicht weniger als im vorigen Jahre, einen Schlag gegen die beiden großen Massenorganisationen, die den Kampf für die Verteidigung der Sowjetunion führen, den Kampf für die Verteidigung der SPD. anprangern, die Kriegserklärungen des neuen deutschen Imperialismus entlarven, die Massen aber die drohende Kriegsgefahr aufklären und sie zum revolutionären Kampf gegen den imperialistischen Krieg mobilisieren.

Das Verbot der KPD. und des KPD. ist nicht nur im Auftrage der deutschen Schatzkammer, sondern auch im Auftrage der internationalen Antikommunistenfront verhängt worden. Während die Beauftragten des deutschen Trustkapitals in Paris die Grundlagen für die „letzte englisch-französisch-deutsche Front“, für die Kriegskriegsfront gegen die Sowjetunion schaffen, möchten ihre sozialdemokratischen Agenten in Deutschland die Hindernisse der ungeführten Kriegsvorbereitungen durch einen Verbot- und Unterdrückungsmaßnahme gegen die KPD. aus dem Wege räumen.

Von Reubel bis Grzesinski, vom Bürgerblock zur Koalition, vom Bürgerblock zum Sozialfaschismus! Das ist der Weg der deutschen Bourgeoisie und der Sozialdemokratie vom Frühling 1929 bis zum Frühling 1933. Aber nicht nur die Ausbeuterklasse und ihre Satrappen sind auf dem Wege zur faschistischen Diktatur weitergekommen. Auch die deutsche Arbeiterklasse marschiert vorwärts — auf dem Wege zur Revolution! Sie wird den Anschlag der Grzesinski und Hermann Müller gegen ihre Partei, gegen ihre Schutz- und Wehrorganisation mit einem Proteststurm der Millionenfront und mit einer gesteigerten Aktivität an allen Fronten des Klassenkampfes beantworten.

### „Im DWA. Jena herrscht Ordnung“

Die DWA-Ordnungsverwaltung in Jena hat es sich zum Ziel gesetzt, mit Ulrich-Reißhoden den DWA. zu zerlegen. Wegen Propaganda für die rote Betriebsrateliste bei der Firma Zeiß sind bereits einige Kollegen aus dem DWA. ausgeschlossen worden. Jetzt sollen auch die Kandidaten dieser Liste aus dem Verband hinausgeworfen werden. Die Ordnungsverwaltung richtete an die betreffenden Kollegen der revolutionären Gewerkschaftsopposition ein längeres Schreiben mit der Aufforderung, bis zum vergangenen Sonntagabend von der oppositionellen Liste zurückzutreten, widrigenfalls sie aus dem Verband ausgeschlossen werden. Einbeutige und Nar haben diese Kollegen den reformistischen Gewerkschaftspaltern geantwortet, daß für sie nicht die formalistischen Gewerkschaftspaltern geantwortet, daß für sie nicht die seien und sie deswegen nicht von der Liste zurücktreten würden. Der DWA-Korrespondent wird nunmehr getreu seinem Wochenspruch: „Im DWA. Jena herrscht Ordnung“, die oppositionellen Betriebsratelkandidaten aus der Organisation hinauswerfen.

## Folgen des Grzesinski-Erlasses Kommunistische Versammlungsplätze in Steinau beschlagnahmt

Breslau, 20. März.

Wie der Erlass des sozialdemokratischen Volksministers sich in der Praxis auswirkt, zeigt ein Vorfall, der sich in Steinau abspielte. Die Plätze, die unsere Genossen dort angeleitet hatten und in denen zu einer Protestversammlung gegen die Koalitionregierung aufgerufen wurde, sind von der dortigen Polizei entfernt und beschlagnahmt worden. Es bedurfte erst des energischen Protestes unserer dortigen Genossen, um die Aufhebung der vollkommen unbegründeten Beschlagnahme der Plätze zu erwirken.

Das Vorgehen der Polizei wird unsere Genossen nicht einschüchtern. Energischer denn je werden sie ihre Arbeit im Interesse des Proletariats fortsetzen und verkünden. Arbeiter, schart euch um die kommunistische Partei! Zeigt der Bourgeoisie und ihren sozialdemokratischen Verbündeten, daß ihr keineswegs gewillt seid, auch das Koalitionsrecht völlig rauben zu lassen. Steht in allen Betrieben und Massenorganisationen der Arbeiter energisch gegen die reformistischen Vertreter an den Arbeiterinteressen vor. Besucht die von der kommunistischen Partei einberufenen öffentlichen Protestversammlungen!

## Nieder mit der Koalitionregierung! Antwortet Grzesinski!

Heute Dienstag, den 26. März

Sirchberg, 20 Uhr, im „Berliner Hof“. Referent: Genosse Schulz, M. d. L., Neudöln.

Dels, 20 Uhr, im „Großen Kursfahr“. Referent: Genosse Reimann, Breslau.

Striegau, 20 Uhr, in der „Bierquelle“. Referent: Genosse Wollweber, M. d. L.

Rönigszell, 20 Uhr, in der „Preussischen Krone“. Referent: Stadtrat Genosse Ammon, Breslau.

Mittwoch den 27. März

Landeshut, 20 Uhr, im „Rudner-Saal“. Referent: Genosse Geyse, M. d. L.

Brieg, 20 Uhr, im „Weinberg“. Referent: Genosse Jendrosch, M. d. L.

Grünberg, 20 Uhr. Referent: Genosse Grabis, Berlin, M. d. L.

Griß, 20 Uhr, im Konzerthaus. Referent: Genosse Schulz, Neudöln, M. d. L.

Dhlan, 20 Uhr, in der „Stadt Dels“. Referent: Genosse Reimann, Breslau.

Petersdorf i. N., 19 Uhr, im Gerichtskreisshaus. Referent: Genosse Kobens.

Freiburg, 20 Uhr. Referent: Gen. Wollweber, M. d. L.

Sirehien, 19,30 Uhr, in der „Stadt Breslau“. Referent: Genosse Paul Schulz, Berlin.

Habelschwerdt, 20 Uhr, im Gasthaus „Goldene Krone“. Referent: Gauführer Schulz-Breslau.

Donnerstag, den 28. März

Riegnitz, 20 Uhr, im „Habsburger Hof“. Referent: Genosse Meyer, München.

Nieder-Hermsdorf (Waldburg), 19 Uhr. Referent: Genosse Schulz, Neudöln, M. d. L.

## Die faschistische Wahlkomödie

Nom. 26. März.

Das Gesamtergebnis der „Wahl“ im faschistischen Italien ist folgendes: Stimmberechtigt waren 9000 570, „gestimmt“ haben 8 660 140, davon mit „Ja“ 8 606 676 und mit „Nein“ 198 198. Die Stimmbeteiligung betrug demnach 96,33 Prozent. Unbedeutende Ergebnisse abgelegener Wahlen ändern nichts an diesem Ergebnis.

Die faschistische Presse feiert diesen Sieg Mussolinis und weist darauf hin, daß in zahlreicheren kleineren Orten ein hundertprozentiges Abstimmungsresultat für die faschistische Diktatur abgelesen wurde, und in den größeren Städten bei außergewöhnlicher Wahlbeteiligung nur 5 bis 10 Prozent gegen die faschistische Diktatur gestimmt hätten.

Darüber wird sich bei dem Terrorregime in Italien kein Klassenbewußter Arbeiter wundern. Es konnte nur mit „Ja“ oder „Nein“ abgestimmt werden, und bei „Ja“ Betrug für die faschistische Diktatur trug den Aufbruch der Zeitkloster, der offen vor den Augen des Wahlleiters abgelesen werden mußte. In jedem Wahllokal wurde die Wahlhandlung nochmals durch einen Faschisten „erläutert“. Der gesamte A. L. E. u. s. setzte sich in demonstrativer Weise für Mussolini ein. Wie ungeheuerlich der ausgeübte Druck war, kennzeichnet die faschistische „Vogener Alpenzeitung“, die auf der ersten Seite in Plakatform folgende Worte veröffentlichte:

„Wer eine „Nein“-Stimme abgibt oder sich der Stimmgabe enthält, ist ein Verräter und Defektor!“

Von den faschistischen Organisationen wurden in mehreren Orten die Arbeiter und Bauern in geschlossenem Zuge mit Musikbänke und wehenden Fahnen zu den Wahllokalen gebracht, ähnlich wie es die ostpreussischen Junker in früheren Jahren taten, wenn sie auf Vorkriegswagen „ihre Gesinde“ zum Wahllokal führten und nachher mit Freibier traktierten.

Mussolini versucht jetzt krampfhaft durch eine „Wahl“ der Welt zu beweisen, daß seine faschistische Diktatur nunmehr fest verankert ist. Das ist keineswegs der Fall. Hätten die werktätigen Massen die Möglichkeit, sich ohne diesen unerhörten Terror über das Blutregime Mussolinis zu äußern, so würden sie ein offenes demonstratives Bekenntnis gegen die faschistische Gewalttätigkeit abgegeben haben.

## Trotz Verbot Antifaschistenaufmarsch in Basel

Basel, 26. März. Die angekündigte antifaschistische Demonstration in Basel hat trotz des Verbots durch den Bundesrat stattgefunden. Militär- und Polizeipatrouillen waren in der Stadt verteilt. Im großen und ganzen ist es aber in Basel zu keinen wesentlichen Zusammenstößen mit der Polizei und den Bundesstruppen gekommen. Die Demonstration in Basel beherrschte die ganze Stadt. Durch die Stellungnahme der Bundesregierung und den unerhörten Aufmarsch der Bundesstruppen hatte die Kundgebung eine Auswirkung auf die ganze Bevölkerung.

Die deutsch-schweizerische Grenze war im Gebiet des Kantons Basel durch einen Militärkordon abgeschlossen, um zu verhindern, daß von Lürzach (Waden) Teilnehmer zu der Kundgebung in Basel erscheinen konnten. An der Grenze wurde ein unerhört strenger Ueberwachungsdienst durchgeführt. Zahlreiche Deutsche wurden an der Grenze zurückgewiesen, obgleich sie im Besitz eines gültigen Reisepasses waren. Am Sonntag wurden sogar auf dem Badischen Bahnhof von Basel die Fahrgäste der Züge aus Waden am Ueberfahren der Grenze verhindert und zwangsweise wieder zurückbefördert.

Das gleiche Verfahren wurde an allen anderen deutsch-schweizerischen Grenzstellen durchgeführt. Sogar der Straßenbahnverkehr von Basel nach Lürzach wurde eingestellt, so daß man schon am Sonntagabend nur noch bis zur Grenze kommen konnte. Sogar Automobile, die aus dem Innern Deutschlands kamen, müssen bis Montag warten, ehe sie nach der Schweiz weiterfahren können. Die ganze Grenze von Rheinfelden bis Basel ist gesperrt. Alle diese Maßnahmen haben nicht verhindern können, daß sich die werktätigen Massen in Basel zum wuchtigen Protest gegen den bluttriefenden Faschismus sammelten.

Aber nicht nur in Basel, sondern auch in den übrigen größeren Städten der Schweiz kam es am Sonntag zu wuchtigen Demonstrationen.

## BRENNENDE RUHR Von K. GRÜNBERG Roman aus dem Kapp-Putsch

Copyright 1929 by Greifenberg-Verlag, Kutschkestr. 23

Peitken blinnte sich nach allen Seiten um, zog ihn dann in eine Fensterecke und machte ein geheimnisvolles Gesicht:

„Es ist wegen des „Mugard“! Sie wissen bei uns als Kandidat, und man wartet schon lange auf Ihren Bescheid!“

„Die acht Tage sind doch noch lange nicht um!“

„Ja, ich weiß, aber immerhin... Es Regen jetzt bestimmte Dinge vor, die es für jeden notwendig machen, sich kurz zu entscheiden.“

Sukrow merkte, wie ihm das Herz ruckweise höher zum Hals hinauf schloß, besah sich aber der größtmöglichen Ruhe, als er mit gleichgültiger Stimme antwortete:

„Ach, Sie meinen wegen der Berliner Geschichte. Haben Sie denn schon genauere Nachrichten?“

Peitken ließ ein Auge zu: „Unser Befehl kann jeden Augenblick eintreffen. Aber mehr darf ich Ihnen nicht sagen. Sie gehören ja noch nicht zu uns!“ Damit ging er aus dem Zimmer.

Sukrow glaubte genug zu wissen. Hier bereitete sich in aller Stille eine groß angelegte Aktion gegen die Sicherheit der Republik vor, wozu man auch ihn benutzen oder, richtiger gesagt, mißbrauchen wollte. Er dachte grimmig vor sich hin. Seine Liebe zu der schönen Sileia sollte die Schlinge sein, in der man ihn fangen und nach der anderen Seite hinüberlocken wollte. Und sie mußte und billigte das, spielte die Hauptperson in dieser Komödie, ja — sein Herz setzte fast aus — war anscheinend sogar gleichzeitig Dichterin und Regisseurin?

„Wer mich lieben will, muß mich Arbeiter erschließen können! Hatte Sie denn nicht gefragt? Hatte er ihr nicht bereits einen Eid geschworen? — — — Wer steht, das war ja der Traum, in dem Sie ihm einen goldenen Dorsch ins Herz steckten und nachher sein Blut trank. Aber jetzt hatte er ein ähnliches Gefühl. Sie, das hohe, hehre deutsche Mädchen, trieb mit ihm ein ziemlich unglückliches Spiel! Die Dichterin, die ihm Egoismus und Materialismus vorwarf, bezogte seine heiligsten Gefühle, um ihn politisch einzuführen. Fast vermochte er an so viel Raffinesse nicht zu glauben.“

Sein blühlicher Kopf gegen Sileia'se Hand wurde durch ein beigesendes Gefühl der Eham und Bestätigung abgeschwächt. Er war kein

Mann, sich von einem Weibe so betören zu lassen, aber sie! — sie mußte, was sie wollte! Sie arbeitete zäh und zielbewußt an einer Idee, wobei sie kein Mittel schonte, und er — — — er hatte nur an sich selbst gedacht, der Erreichung seines persönlichen Vorteils hätte er beinahe seine politische Idee geopfert. — Seine politische Idee? — Hatte er denn noch eine? — Hatte er überhaupt jemals ein klares politisches Ziel befestigt? Was er dafür gehalten, war hier in zehn Wochen harter Arbeit gerieben und zerfallen worden, zeigte sich heute als ein geistloser Ehemann.

Der kleine Rüppert machte sich in seiner Nähe mit dem Staubtuch zu schaffen. „Eben sind Herr Rabert, Herr Peitken und Herr Fruchhaus gegangen. Sie sind antelephoniert worden, ich weiß auch, wo Sie ihn sind.“ sagte er wichtigwütend, „die Einwohnerversammlung ist alarmiert worden!“

„Was das war es! Dann mußten wohl doch ernstere Dinge sich ereignet haben. Was würden die nächsten Stunden bringen?“

Gegen zehn Uhr begann plötzlich Feuerstrome zu heulen.

„Zweimal kurz, einmal lang, genau so wie bei Fliegergefahr im Krieg, das bedeutet eine Arbeiterversammlung hier auf dem Hofe.“ bemerkte Kraut.

Ein Meister aus dem Freiwert stürzte aufgeregt herein.

„Das das Signal bedeutet? Generalkrieg! Vor fünf Minuten traf die Nachricht ein, daß die Regierung gepörrt und der Generalkrieg erklärt ist!“

Schon kamen die ersten Arbeiter gelaufen. Die Heizer rissen die Feuer unter den Kesseln hervor, munterlang kreischend hauchte der Dampf aus den geöffneten Ventilen seine letzte Kraft aus. Die Männer an den Gaslösen sperrten die Gaszufuhr ab, der Elektriker in der Zentrale schaltete den Strom aus. Das ewige Donnern und Boltern in den Gaslösen erstarb in einem lang nachhallenden Seufzer: das Stahlwerk stand still!

Und immer neue Scharen schweiß- und rauhbedeckter Männer kamen aus den Hallen herbeigeströmt, füllten den großen Platz am Eingang der Fabrik. Im Verwaltungsgebäude legten die Angestellten die Federn hin, um von den Fenstern aus den Aufmarsch der Belegschaft zu beobachten. Von diesen ruhig und gemessen aufmarschierenden Kolonnen ging ein Strom von Kraft- und Machtbewußtsein aus, vor dem das anfänglich höhnisch-überlegene Grinsen auf einzelnen Gesichtern schnell erstarb.

Der Platz zwischen Verwaltungsgebäude, Laboratorium und Fabrik war jetzt einem wogenden Meer von Köpfen. Auf einer Mauerredde saß ein Redner Posten. Hell bestanden die Sonne kein

langes, blondes Haupthaar, es war Max Große, der den Inhalt eines Teleskopgesprächs mitteilte. Da er abgewendet sprach, konnte man an den Fenstern des Laboratoriums nur Bruchstücke seiner Ausführungen verstehen, bis durch die Menschenmassen hindurch ein Ruf aufgestieg und von den Mauern widerhallte:

„Nieder mit der Kapp-Regierung! Hoch der Generalkrieg! — — — Unterkommen! — — — Schlupfmachen! — — — Generalkrieg!“

Die Arbeiter winkten zu den Fenstern der Angestellten empor. Einige, die durchaus nicht weichen wollten, wurden von den Verteilungsvorstehern hinauskomplimentiert. Die Arbeiter verstanden keinen Spaß! — — —

Militärisch in Reiterreihen geordnet, setzte sich der gewaltige Zug zum Tor hinaus in Bewegung. Von links her sah man den zwei- und drei Meter hohen Zug der Besche „Habsdrubal II“ heranmarschieren, und als man bei der „Berg- und Hüttengesellschaft Deutsche Erde“ um die Ecke kam, begrüßten die dort gerade angeordneten Krumpels und Hüttenarbeiter sie mit brausendem Gesang:

„Wacht auf, Verdamnte dieser Erde,  
Die fesseln man noch zum Hungern zwingt.“

Das Gewerkschaftssekretariat im Svertruper Volkshaus wurde schon seit frühem Morgen von Arbeiterräten und Abgeordneten der Besche und Besche um Auskunft bestürmt. Unausföhrlich schrillte das Telesphon.

Keese sah seit acht Uhr an einem anderen Apparat und versuchte unausgesetzt, Verbindung mit Berlin zu erhalten. Immer wieder kam der lakonische Bescheid: „Die Verbindung kann nicht hergestellt werden!“

„Da muß etwas los sein!“ sagte er, sich den Schweiß abwischend, zu den hinter ihm stehenden Beträuertenleuten.

„Ohne genaue Bescheid darf ich zu meinen Leuten nicht zurückkommen.“ sagte der Arbeiter Karplus vom Flaschnerwerk.

Soeben ging die Tür auf. „Auf dem Rathaus wissen Sie auch noch nichts.“ polterte Overath herein.

(Fortsetzung folgt.)

Kernatowitsch: Gibt den politischen Teil Ernst Dombrowski für „Bericht und Bericht“ und „Waldenburg“ Wilhelm Dombrowski für „Breslau“ „Bericht“ und die übrigen Beilagen Ernst Dombrowski, sämtlich in Breslau. — Für den sozialistischen Teil Georg Paris in Gumburg. — Für Inzerate B. Werber-Breslau.

# Unsere Arbeit unter den polnischen Saisonarbeitern

In den nächsten Tagen treffen die für die Landwirtschaft von den Gutsbesitzern angeforderten 140 000 polnischen Wanderarbeiter ein. Außerdem gibt es eine große Anzahl, die ständig auf den Gütern beschäftigt wird. Obwohl in Deutschland eine große ständig wachsende Arbeitslosigkeit herrscht, werden sie von der deutschen Regierung als billiges Arbeitsvieh für ostelbische Winter zugelassen. Die wirtschaftliche Lage der Landbevölkerung in Polen ist sehr schwer. Die Abschaffung der Bodenreform, die geringe Entwicklung der Industrie sind die Ursache, daß in Polen auf dem Lande ständig Hunderttausende arbeits- und brotlos sind. Es gibt ständig zwischen den polnischen Kleinbauern und hohlen Landarbeitern, und der polnische Faschismus hält diese Schichten in den eisernen Klammern des Terrors. Dieser erschwert auch die Arbeit der kommunistischen Partei Polens auf dem Lande, und wenn auch die Mehrheit der Landarbeiter und armen Bauern mit der kommunistischen Bewegung sympathisiert, so wird doch die organisatorische Erfassung dieser Massen durch die terroristischen Maßnahmen des Faschismus ungeheuer erschwert. Wenn auch im Jahre 1919 auf dem Kongreß des Verbandes der polnischen Landarbeiter die Kommunisten ihre Stellung mit bedeutender Mehrheit behaupten konnten, so haben doch die polizeilichen Repressalien, die Erschießungen von Landarbeitern (speziell 1920 und 1921), die ständige Beobachtung der Landarbeiterschaft zu solchen Verhältnissen geführt, daß die kommunistische Arbeit auf dem Lande sich nur unter allergrößten Opfern und Schwierigkeiten entwickeln kann. Der polnische Faschismus aber jagt alljährlich mehr als Hunderttausend arme Bauern und Landarbeiter als Saisonarbeiter ins Ausland, meist nach Deutschland. Hier kommen diese Proletarier und kleinen Bauern vielleicht zum ersten Male in ihrem Leben mit der kommunistischen Ideologie, mit der kommunistischen Partei in Fühlung. Es ist daher unsere große Aufgabe auf dem Gebiete der internationalen Arbeit, diese Massen wirklich mit unserer Ideologie vertraut zu machen. Sämtliche Genossen, die mit polnischen Arbeitern in Berührung kommen, müssen diese Tatsachen ständig beachten und dafür Sorge tragen, daß die Zeit, während der die polnischen Saisonarbeiter in Deutschland weilen, möglichst vollkommen ausgenutzt wird.

Das Rilsudski-Regime, welches vollständig auf den Krieg gegen die Sowjetunion eingestellt ist, beschränkt sich nicht nur auf die Vorbereitung und Vervollständigung der polnischen Armee, sondern bemüht sich auch, unter faschistischen, anti-sowjetischen Parolen breite Schichten nicht nur der Bourgeoisie, sondern auch der Landbevölkerung organisatorisch zu erfassen. Man organisiert z. B. vor allem auf dem Lande sogenannte Schützenvereine, zu denen die Bauern eingezogen werden, Organisationen, die rein faschistisch sind und die auf der einen Seite die Wahrung des „Burgfriedens“ im Lande, auf der anderen Seite die Schaffung einer Reservearmee für den Fall eines Krieges gegen die Sowjetunion bezwecken.

Es ist unsere Aufgabe in Deutschland, die polnischen Saisonarbeiter auf die wirkliche Bedeutung dieser Organisationen aufmerksam zu machen, sie in unsere Ideologie einzuführen und sie für den revolutionären Klassenkampf zu mobilisieren.

Darum müssen wir auf den Bahnhöfen und auch in den Schrittlerskasernen an diese Arbeiter herantreten, um unter ihnen aufklärend zu wirken.

## Polnische Wanderarbeiter sollen Streifbrecherarbeit machen!

Der Preussische Landtag behandelte am Freitag einen Antrag des Zentrums, wonach das Kontingent von 100 000 polnischen Wanderarbeitern nicht erst am 15. April, sondern sofort für die landwirtschaftlichen Arbeiten herangezogen werden soll. Für die kommunistische Fraktion sprach dazu der Genosse Rau: „Kommunisten sind für volle internationale Freizügigkeit der Arbeiter. Die Kontingentierung der Einwanderung polnischer Arbeiter hat aber mit Freizügigkeit verdammt wenig zu tun. Der von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung für diese polnischen Arbeiter ausgearbeitete Vertrag, der die Zustimmung der Sozialdemokraten erhielt, nimmt den Arbeitern alle Rechte. Danach hat im Betrieb nur der Unternehmer zu bestimmen. Betriebsratsrechte gibt es nicht. Schwangerschaft ist ein Entlassungsgrund und berechtigt zur Einbehaltung der

dem Lohn wesentlich abgezogenen Kautionssumme. Auf Grund dieses Vertrages ist es möglich — wie Genosse Rau an einem Beispiel illustrierte — daß polnische Arbeiter bei der Enttarnung von morgens 2 Uhr bis abends 10 Uhr für zwei Mark Tagelohn schufteln müssen.

Hunderttausende deutscher Landarbeiter stehen gegenwärtig in Lohnbewegung. Die Heranziehung der polnischen Wanderarbeiter unter den ausgelegten Arbeitsbedingungen heißt nichts anderes, als Hunderttausend Arbeiter zum Streikbruch heranzuleiten, eben weil das System dazu zwingt. Das polnische Konsulat arbeitet in dieser Frage Hand in Hand mit den deutschnationalen Großgrundbesitzern, wofür der Redner Einzelbeispiele aufzählte.

Wenn die Sozialdemokraten im Landtag gegen den Zentrumsantrag auftraten, so ist das erbärmliche Demagogie, da der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister bereits die Erklärung abgegeben hat, daß er entsprechend dem Zentrumsantrag handeln wird. (Bravo! bei den Komm.)

Der Antrag des Zentrums hätte zu Fall gebracht werden können, wenn die SPD, so wie sie es den Kommunisten versprochen hatte, sich gemeinsam mit den Kommunisten nicht mit an der Abstimmung beteiligt hätte. Das Haus wäre dann beschlußunfähig gewesen und die Wanderarbeiter hätten dann entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen vor dem 15. April nicht herangezogen werden können. Die Sozialdemokraten brachen aber ihr Versprechen und beteiligten sich an der Abstimmung, wodurch sie erreichten, daß der Antrag mit Mehrheit angenommen wurde.

## Entlastungsschwindel der Grafenfamilie

Nachdem die Vertuschungsversuche in der Jannowitzer Mordaffäre ihren Höhepunkt erreicht haben, sah man sich schließlich unter dem Druck der öffentlichen Meinung gezwungen, eine Berliner Mordkommission, bestehend aus Kriminalpolizeirat H o p p e und dem Kriminalkommissar B l a s c h o w i k, einzusetzen.

Diese Kommission muß ihre Arbeit vollkommen von vorn beginnen, da durch die sprichwörtliche Unfähigkeit der schlesischen Polizei die Angelegenheit heillos verwirrt erscheint. Als Rettungseingel soll nachdem die Verschleierungsversuche der Polizei kläglich mißlungen sind, jetzt ein mysteriöser Motorradfahrer in der Mordnacht in Jannowitz aufgelaucht sein, dessen Aufenthalt jedoch nicht bekannt ist. Auch in diesem Falle erscheinen die Auslagen von „Zeugen“ unglauwbüßig, einer bewußten Ablenkung dienend.

Ferner wird von selten der Verteilung die Mär verbreitet, daß nicht Graf Christlan der Täter sei, sondern daß er sich schon vorher vor den Täter gestellt habe und den Mordverdacht so lange auf sich genommen habe, bis es dem Täter gelungen sein konnte, in das Ausland zu entkommen. Die bürgerliche Presse geht bereitwillig auf den Schwindel von dem geheimnisvollen Unbekannten ein.

## Die Besetzung in Jannowitz

Sirshberg, 23. März.

Heute nachmittag fand die Besetzung des Grafen Eberhard zu Stolberg-Bernigerode statt. Außer vielen Mitgliedern der Familie Stolberg waren zahlreiche Vertreter des schlesischen Hochadels, der Kreisbehörden und sehr viele Bewohner von Jannowitz und der Umgegend erschienen. Der schier endlose Trauerzug wurde von den Ortsvereinen mit ihren Fahnen und der Feuerwehrröcke eröffnet. Militärvereine gaben drei Salven ab, während der Sarg der Erde übergeben wurde. Am Grabe wurden u. a. auch ein Kranz des verhafteten Grafen Sohnes niedergelegt.

## Der Stand der Untersuchung

Die „Schlesische Zeitung“ berichtet u. a.:

„Nach dem gegenwärtigen Stande der Untersuchung kristallisiert sich als am wahrscheinlichsten der Verdacht heraus, daß der Mord oder zum mindesten seine tiefsten Motive in gewissen Unregelmäßigkeiten innerhalb der Familie ihren Ursprung haben. Immer wieder wird von verschiedenen Seiten die Nachricht bestätigt, daß seit längerer Zeit in Jannowitz gewisse Gegenstände bestanden, die schließlich zu einem zunehmenden Auseinanderleben des gräflichen Ehepaares führten. Die polizeilichen Untersuchungen haben nunmehr diese Tatsache aufgegriffen und verfolgen die Spuren zu derjenigen Person, die eventuell als Dritte st r e n d in das Eheleben eintrat.“

Die „gewissen Unregelmäßigkeiten“, wie das feudale Blatt schamhaft die Dinge bezeichnet, liegen in der Ver sch u l d u n g des Grafen sowie in den von uns berichteten Orgien der degenerierten Adelsippe.

## Der Schiedsspruch im ostoberschlesischen Bergbau auch von Arbeitgeberseite abgelehnt

U. Jannowitz, 23. März. Der im ostoberschlesischen Bergbau gefällte Schiedsspruch, der eine Lohnerhöhung von 6 Prozent vorseht, wurde auch von den Arbeitgebern abgelehnt, so daß der Schiedsspruch nunmehr von beiden Parteien abgelehnt ist. Die Entscheidung bleibt jetzt dem Arbeitsministerium vorbehalten. Es ist damit zu rechnen, daß der Arbeitsminister den Spruch für verbindlich erklären wird.

# Besteuerung der Freien Berufe

### Die Kranken müssen die Steuern zahlen

Der Landtag beschäftigte sich am Freitag zunächst mit der dritten Lesung der Verlängerung des Gewerbesteuergesetzes. Dabei fiel auch die letzte Entscheidung über die Ausdehnung der Gewerbesteuer auf die Freien Berufe, also: die Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten usw.

Der Redner der kommunistischen Partei, Genosse B e d e r, bewies an Hand umfangreichen Materials aus den Ländern, in denen die Gewerbesteuer bereits auf die Freien Berufe ausgedehnt ist, daß diese Steuer vollständig auf die Kranken, die Klienten der Rechtsanwälte usw. abgewälzt wird. Die Besteuerung der Ärzte läuft in Wirklichkeit auf die Besteuerung der Kranken hinaus. Diese Steuer ist eine Krankensteuer, und ihre Annahme bedeutet, daß jetzt in Preußen auch die Krankheit besteuert wird. Dieser Steuer hat die SPD. bereits zugestimmt. Ihre Haltung zu den Steuerfragen werde noch dadurch charakterisiert, daß sie in diesem Jahre zum ersten Male ganz offen auch für die Besteuerung der Konsum-Genossenschaften mit der Gewerbesteuer gestimmt hat.

Bei der Abstimmung über den kommunistischen Antrag, den Beschluß aus der zweiten Lesung betreffend, die Besteuerung der Freien Berufe wieder aufzuheben, stimmten alle Parteien außer einem Teil der Deutschnationalen gegen den kommunistischen Antrag.

Ein weiterer Antrag der Kommunisten verlangte die Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums für alle Gewerbetreibenden auf 6000 Mark. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Kommunisten und einzelner Abgeordneter der Deutschnationalen Partei ebenfalls abgelehnt. Ein Antrag auf Ausdehnung der Freigrenze für die Freien Berufe auf 6000 Mark wurde gegen die Stimmen der Kommunisten, Zentrum und Demokraten ebenfalls abgelehnt. Auch die SPD. stimmte dagegen.

In der Debatte haben weder die SPD. noch die anderen Parteien es gewagt, ihren Standpunkt zu begründen.

Der Preussische Staatsrat hat, wie berichtet wird, gegen die Besteuerung der Freien Berufe Einspruch erhoben.



# Unser die Heimat!

Schon im zeitigen Mittelalter fördert des Bergknappen geübte Hand in Schmieberg treffliches Eisen. Messer-, Sensen- und Sichelschmiede, Schlosser und Büchsenmacher lassen sich hier nieder und erlangen durch ihre Kunstfertigkeit Berühmtheit. 7 Eisenhämmer, 68 Meister und zahlreiche Gesellen zählt man dort zu Beginn des dreißigjährigen Krieges. Nach Österreich, nach Ungarn, nach Rußland und Polen, in die ganze Welt gehen Schmieberger Erzeugnisse und künden von rastlosem schlesischen Schaffen.

Im Herzen Schlesiens schaffen Tatkraft und Fleiß

# RARITÄT 4 Pf

die Cigarette des Schlesiens!

o. Mdst.

m. Gold

n. Kork

HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

# Eisenbahner, antwortet Dormmüller!

Am 10. März hat eine Besprechung zwischen dem Generaldirektor Dormmüller und dem am Tarifvertrag beteiligten Vertretern der Reichsbahngewerkschaften stattgefunden. Die vorausgehende war, hat Dormmüller jede Erhöhung der Löhne mit der Begründung abgelehnt, daß es bei der bekannten gesamtstaatlichen Finanzlage der Reichsbahn unmöglich sei, irgendeine weitere Mehrbelastung vorzunehmen. Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu: „Damit dürfte das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen sein.“ Wie wird davon überzeugt, daß das letzte Wort der Reformisten nunmehr sein wird, die Ausrufung der Schlichtungsinstanzen, um sich hinter einem Schlichtungsprotokoll zu verstecken. Welcher Weg bleibt ihnen, die den Kampf abzulehnen, nachdem sie eine solche kräftige Absicht von Dormmüller erhalten haben, übrig? Sie werden alles tun, um einen Streik der Eisenbahner zu verhindern. Die Situation, wie sie jetzt vorhanden ist, konnte nur durch das selbe Verhalten der Gewerkschaftsbürokratie entstehen. Dormmüller lemt diese Leute sehr genau. Er weiß bestimmt, was er ihnen bieten kann.

Vergleichen wir einmal Worte und Taten der reformistischen Gewerkschaftsführer anlässlich der Lohnbewegung im Frühjahr des vorigen Jahres und der gegenwärtigen. Jeder Eisenbahner wird daran erkennen, welches erbärmliche Spiel mit seinen Interessen getrieben wird. Bekanntlich hat die Bürokratie eine Forderung von sechs Pfennig pro Stunde der Reichsbahn-Hauptverwaltung unterbreitet und darauf verzichtet, weitere Forderungen, die sich beziehen auf die Dienstbauernverhältnisse, die Regelung der Wirtschaftsgelände und eine andere Reihe von Veränderungen des Manteltariffs, zu stellen. Scheffel hat das damit begründet, daß erreicht werden soll, die Lohnverhandlungen schnell zur Durchführung zu bringen und um der Reichsbahn die Möglichkeit zu geben, die Lohnforderungen anzuerkennen und zu bewilligen. In der Lohnbewegung im März des vorigen Jahres stellte der Hauptvorstand im Einvernehmen mit den Bezirksleitern nachstehende Forderungen auf:

1. eine Lohnerhöhung von 10 Pfennig für alle Lohngruppen und Ortsklassen,
2. durchgehende Löhnung der im Schichtlohn beschäftigten Arbeiter,
3. Erhöhung eines Zuschlags von 30 Prozent durchweg für die ersten sechs Überstunden, völlige Befreiung des Wirtschaftsgebiets 2 nach 3.

Diese Forderungen entsprachen durchaus nicht den Wünschen der Eisenbahner. Wenn wir jedoch nochmals darauf verweisen, so geschieht das aus dem Grunde, um zu zeigen, welche niedrige Forderungen in diesem Jahre der Vorstand des Einheitsverbandes gegen den Willen der Mitgliedschaft der Reichsbahn-Hauptverwaltung unterbreitet hat. Das hat er getan, obwohl nach der Frühjahrsbewegung 1927 der Vorstand und der Beirat in einer gemeinsamen Sitzung zum Ausdruck brachten, daß die damals erfolgte Zusage ungenügend sei. Es heißt in der angenommenen Entschließung:

„Das Ergebnis der Bewegung entspricht in der Höhe der Zulagen sowie in der eingetretenen Vergrößerung der Spannung nicht den berechtigten Forderungen der Eisenbahner. Mit aller Schärfe wendet sich die Konkurrenz besonders gegen die lange Geltungsdauer, die dazu führen kann, daß die Eisenbahner in ihren Existenzbedingungen weiter herabsinken. Durch die lange Geltungsdauer sind weitere Konsulte zu befürchten.“

Mit dieser Feststellung haben selbst der Hauptvorstand und der Beirat bestätigt, daß die schon damals von der Opposition aufgestellte Forderung von 15 Pfennig pro Stunde das Minimum dessen war, was die Eisenbahner haben müssen.

Auf dem Gewerkschaftskongress in Hamburg, im September vorigen Jahres sprach Jahn, Mitglied des Hauptvorstandes des Einheitsverbandes, über die Lohnerhöhungen der Eisenbahner. Er führte dort folgendes aus:

„Meine Organisation wird im nächsten Jahre höchstwahrscheinlich die erste sein, die in bezug auf Lohnerhöhung im Rahmen der allgemeinen Lohnbewegung einen Vorstoß machen muß. Unser Lohnabkommen läuft am 31. Januar ab, und wer die Zusammenlegung des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft kennt, weiß, daß die personalisierte Zusammensetzung der Unternehmensverbände Deutschlands dem Verlangen auf Lohnerhöhung ungeheuren Widerstand entgegenzusetzen wird.“

Diesen starken Worten ist das gefolgt, was die Opposition den Eisenbahnern voraus sagte. Scheffel und Jahn haben weder das, was

sie in der Entschließung der gemeinsamen Sitzung des Hauptvorstandes und des Beirats beschlossen haben, durchgeführt, noch haben sie daran festgehalten, das Lohnabkommen der Eisenbahner zu dem von Jahn angegebenen Termin zu kündigen. Ihre Taten stehen im Gegensatz zu dem, was von ihnen beschlossen wurde, denn in der Erklärung, die gemeinsam von den Tarifgewerkschaften zur Reichskündigung des Lohnabkommens am 31. Dezember abgegeben wurde, ist gesagt, daß die Gewerkschaften sich ausdrücklich vorbehalten, ihre jetzt zurückgestellten Forderungen zu einem bestmöglichen Zeitpunkt geltend zu machen. Welche „Forderungen“ das sind, haben nun die Eisenbahner erfahren. Das Resultat einer solchen Politik bekommen sie zu spüren. Im vorigen Jahre noch eine Forderung von 10 Pfennig, jetzt eine solche von 6 Pfennig. Es ist verständlich, wenn eine solche Rücksicht des Willens der Mitglieder von der Bürokratie durchgeführt wird, daß dann im Reich die Mitglieder das zum Ausdruck bringen, was solchen „Gewerkschaftsführern“ gesagt werden muß. Ganz bestimmt ist, daß der Einheitsverband nur gezwungenermaßen den Tarif gekündigt hat, dafür liegen Beweise vor. In einer Versamm-

# Bauarbeiteropposition hält Abrechnung

## Protest gegen die Ausschlüsse und Funktionsenthebungen

### Ablehnung des Reichstarifvertrages

Wie wir bereits am Sonnabend kurz berichtet haben, fand am Freitag im „Bergeller“ eine von der Opposition einberufene Bauarbeiterversammlung der Breslauer Kollegen statt. Der Verlauf und der Verlauf der Versammlung waren ein Zeichen, wie tief die Empörung der Bauarbeiter über die Welfe-Schandtat in Breslau ist. Der „Bergeller“-Saal war bis auf den letzten Platz besetzt. Es waren doppelt soviel Kollegen anwesend, als in der von Welfe einberufenen Versammlung am Donnerstag vor acht Tagen. Infolge Raummangels sind wir leider nicht in der Lage, einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Versammlung zu veröffentlichen. Einleitend hielt ein Berliner Bauarbeiter ein mit Beifall aufgenommenes Referat über den reformistischen Spaltungskurs im Verbande, den Abschluß des Reichsmanteltariffs und die bevorstehende Lohnbewegung. Die anschließende Aussprache war sehr lebhaft. Mehr als 13 Diskussionsredner hatten sich eingeschrieben. Die Syndikalisten versuchten, die Empörung der Bauarbeiter über die reformistische Bürokratie auszunutzen, um ihnen den Verband der Organisation völlig zu verleiern. Doch damit kamen die Syndikalisten bei den Breslauer Bauarbeitern schlecht an. Der Kollege Rügler wurde mit einem allgemeinen Gelächter empfangen, und das Sachverhalte steigerte sich, als er mit einem besonders unterstrichenen Satz sagte: „Ich bin jetzt gänzlich unorganisiert.“ Die Ausführungen der kommunistischen und sozialistischen Oppositionskollegen wurden öfter durch Zustimmung der Bauarbeiter unterbrochen und erzielten stürmischen Beifall. Die gemeinsame Ansicht der Versammelten kam in nachstehenden einstimmig angenommenen Entschließungen zum Ausdruck:

„Die am 23. 3. versammelten Bauarbeiter Breslauer protestieren aus tiefster Seele gegen die Spaltungspolitik der reformistischen Bürokratie im Baugewerksverband. Die Gewalttate gegen sozialdemokratische, parteilose und kommunistische Verbandskollegen bedeutet nichts anderes, als die aktive Unterdrückung der Offensiven des Proletariats gegen die Bauarbeiterschaft, die in der Ablehnung jeder Lohnerhöhung, Verlängerung der Arbeitszeit und weiteren Entziehung der Bauarbeiterschaft besteht.“

Wir fordern, daß die, jedem gewerkschaftlichen Grundgesetz widersprechenden Maßnahmen zurückgenommen werden und die rechtmäßig gewählten Funktionäre in ihre Funktionen eingesetzt werden.“

Der von den Vertretern der christlichen und den Vertretern der freien Gewerkschaften abgeschlossene Reichstarifvertrag für das Baugewerbe soll die Bauarbeiterschaft auf zwei Jahre

der Stargarder Eisenbahner war im Auftrage des Hauptvorstandes an Stelle von Jahn der beschuldigte Preuß, der die Eisenbahnerbewegung in Ostpreußen gesteuert hat, erschienen. Er hat die Frage aus dem Saal gelassen: Dieser „Herr“ hat dort erklärt: er bedauere ausdrücklich, daß der Tarif überhaupt gekündigt wurde. Jetzt wissen die Eisenbahner, was ihnen noch bevorsteht. Sie müssen das Verhalten der Bürokratie bei jeder Lohnbewegung und nach Abschluß derselben vergleichen mit den Forderungen, und sie müssen zu der Überzeugung gelangen, daß kein anderer Weg für sie übrig bleibt, jetzt mit den härtesten Mitteln des Kampfes, nämlich des Streiks, ihre Forderungen zu erzwingen. Diese Antwort müssen die Eisenbahner dem Generaldirektor der Reichsbahn Dormmüller geben. Gleichzeitig sind sie aber auch verpflichtet, rücksichtslos mit der Politik der Reformisten abzurechnen. Das können sie am besten tun, wenn sie sich der Opposition anschließen und durch eine aktive Lohnpolitik ihren Willen der reformistischen Führung gegenüber zum Ausdruck bringen. Die bevorstehende Welfe-Schandtatwahl muß den Beweis erbringen, daß die Eisenbahner nicht mehr gewillt sind, eine solche verdrehtische Politik, wie sie die Gewerkschaftsbürokratie bisher getrieben hat, weiter zu dulden. Der Bürokratie und ihren Anhängern, der sogenannten Arbeiteraristokratie, kann nur die Antwort gegeben werden: Wählt rote Betriebsräte!

dem Unternehmertum des Baugewerbes auszuliefern. Keine Forderung der Bauarbeiter, wie Arbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhung usw., ist im Interesse der Verbesserung der Lebenshaltung der Bauarbeiterschaft geregelt worden. Deshalb fordern wir Ablehnung dieses Schandtariffs und zusehen die Bauarbeiter auf, den Kampf für ihre Forderungen selbst zu organisieren, und zwar für folgende Forderungen:

- Wochentage und 45-Stunden-Woche!
- 20 Pfennige Lohnerhöhung!
- Sechs Tage Ferien für alle Bauarbeiter!
- Bezahlung der Regenstunden!
- Kampf dem Schlichtungswesen, das der Bauarbeiterschaft das Streikrecht auf zwei Jahre rauben soll!

Folgendes Telegramm wurde vorgeschlagen, an den Bundesvorstand zu senden:

Die heute von der Opposition einberufene Bauarbeiterversammlung erhebt schärfsten Protest gegen den durch Welfe und Co. erfolgten Ausschluß der Kollegen und die Feste im „Grundstein“ gegen die Sowjetunion. Wir verlangen die sofortige Wiederaufnahme der ausgeschlossenen.

Die Versammlung der oppositionellen Bauarbeiter und ihre Beschlüsse waren der erste Schlag ins Welfe-Kontor. Nun müssen und werden weitere Schläge folgen.

Als erstes müssen die Breslauer Bauarbeiter dafür sorgen, daß die aus dem Verbande ausgeschlossenen oppositionellen Kollegen nicht als Ausschlossene auf den Baustellen betrachtet werden. Die Absicht der reformistischen Bürokratie, durch Bloßstellung der Kollegen die Opposition zu zermürben und einzuschüchtern, muß mißlingen.

Als zweites müssen die Breslauer Bauarbeiter dafür sorgen, daß die vom Bundesvorstand angekündigte allgemeine Versammlung von allen Bauarbeitern besucht wird. Selbstverständlich müssen an dieser Versammlung auch die ausgeschlossenen und ihrer Funktionen entzogenen Kollegen teilnehmen.

Bauarbeiter, schart euch enger denn je um die Opposition! Geht es nach dem Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, so wird es keine Verbesserung des Reichsmanteltariffs und keine Lohnerhöhung geben, und der Verband wird zur Freude der Unternehmer seiner Schlagkraft völlig beraubt. Deshalb, nieder mit den reformistischen Gewerkschaftsbürokraten!

# Die werktätige Frau

## Berücksichtigung des § 218

Während die Sozialdemokraten behaupten, daß der neue Strafgesetzbuch bedeutend „moderner“ und wesentlich humaner sei, besonders auch, was die Frage der Abtreibung betreffe, stellt in der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ Professor Paulow fest, daß weder aus juristischen noch aus Gründen der Minderwertigkeit der Eltern eine Schwangerschaftsunterbrechung statthaft oder krasslos sei. Ja sogar die Unterbrechung einer bestehenden Schwangerschaft aus rein gesundheitlichen Gründen ist gegenüber dem alten Strafgesetzbuch wesentlich erschwert. Sie ist jetzt nicht mehr (wie bisher) auf Grund der wissenschaftlichen Überzeugung eines Arztes, sondern nur noch nach Feststellung einer ärztlichen Instanz, die vom Staate eingesetzt wird, statthaft.

Die Industrie braucht zum Lohnbrücken eine ständige Reservearmee von Arbeitslosen, die auch im Hinblick auf den drohenden Krieg gegen die Sowjetunion vergrößert werden muß. Dazu ist natürlich in erster Linie die Zunahme der Geburten bei der proletarischen Bevölkerung notwendig. Im Kampf gegen den § 218 des Strafgesetzbuches führt die Arbeiterchaft gleichzeitig den Kampf gegen ihre eigene Unterdrückung.

## Die Frau in der Sowjetunion

Ein Brief einer russischen Arbeiterin.

„Eine Femme ist kein Vogel, eine Frau kein Mensch“ — lautet ein altes russisches Sprichwort. Die alte Zarenregierung suchte mit Unterstützung der Kirche aus diesem Sprichwort weitgehenden Gebrauch zu machen und argumentierte immer gegen alle Forderungen der Frauen mit ihm. Das Leben der Frau verlief in der Küche, am Herd, am Waschtisch und bei den kleinen Kindern. Im wirtschaftlichen Leben des Landes spielte sie eine kleine Rolle, denn die Betriebe waren für sie bis zum Jahre 1906 geschlossen. Der Frau wurde ein sehr enger Tätigkeitsfeld angewiesen und sie gehörte nur in die Küche und ins Bett. Einer Platz hatten ihr die Bourgeois-Töchter zugewiesen, nämlich die Straße und die Freudenhäuser, wo die brütenden Schlemmer die unglücklichen Frauen schänden konnten. Wenn eine Frau sich wirklich die Gleichberechtigung erkämpfen wollte, so gab es nur einen Weg: den Reiben der revolutionären Arbeiterchaft sich anzuschließen. Das taten auch viele unserer Frauen, die nachher ihr Leben im Gefängnis, in den Justizhäusern, in der Zwangsarbeit und in der Verbannung in Sibirien für die Erlämpfung der Freiheit und des Rechts gelassen haben.

Die langgestrichelte Oktoberrevolution befreite die werktätige Frau von ihrem Joch. Die Frau wurde in jeder Hinsicht dem Manne gleichgestellt, und kämpft heute Schulter an Schulter mit dem Mann für den Aufbau des Sozialismus in unserer Lande.

Unser großer Lehrer Wladimir Iljitsch Lenin hat in seinen Gesetzen der Frau eine große Rolle zugewiesen und verlangt, daß eine

jede Köchin den Staat zu registrieren müsse. Wir suchen dieses Verbot zu erfüllen. Viele unserer Frauen nehmen verantwortliche Posten in den Betrieben, im Wirtschaftsleben, in der Regierung, in den Gewerkschaften und auch bei der Eisenbahn ein. So z. B. haben wir Frauen als Stationschefs, Schlosser, Dreher und Jagdführer, alle Berufe stehen der Frau offen. Sehr tätig waren die Frauen jetzt bei den letzten Neuwahlen in den Sowjet. Die Revolution hat alle Türen der Hochschulen und aller anderen Schulen für die werktätigen Frauen geöffnet.

Auch durch die Schwangerschaft hat die Frau wirtschaftlich nicht mehr zu leiden, weil sie bei manueller Arbeit für vier Monate, bei intellektueller Arbeit für drei Monate ihren vollen Lohn ausbezahlt bekommt.

Werte Arbeitsträger und Arbeitsschwestern, schreibt uns, welche Rechte die Frau in eurem Lande besitzt, wie hoch die Löhne sind, welche Posten eine Frau an der Bahn bekleiden darf, ob sie bei Schwangerschaft unter Beibehaltung des vollen Lohnes befreit wird. Welche Möglichkeiten gibt es für eine werktätige Frau, ihre Schulkenntnisse zu erweitern, und ob sie die Möglichkeit hat, die Hochschule zu besuchen? Sind eure Frauen geschlechtlich dem Manne gleichgestellt? Schreibt uns bald, denn wir erwarten eure Briefe mit großer Ungeduld.

Mit brüderlichem Gruß

Wewolod Iljitsch, Adresse: Rogien-Pobolski, Betriebsrat der Eisenbahnwerkstätte.

## „Unsere Rost ist zu fett“

Während jeder Arbeiter täglich neu seufzt, daß sein Lohn sich immer mehr verringert und daß das Niveau seiner Lebenshaltung ständig sinkt, blieb es dem Berliner Stadt-Bezirksamrat Professor Dr. von Drigalski vorbehalten, das Gegenteil festzustellen. Dieser besondere Liebhaber der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und Magistratsmitglied schrieb im Hugenbergschen „Berliner Sozial-anzeiger“ einen Artikel, in dem er folgende Behauptungen aufstellte: „Die Fortschritte der hygienischen Wissenschaft haben auch veränderte Anforderungen an die Ernährungslehre begründet, und nach diesen nehmen die meisten von uns ein wenig zuviel, manche weit mehr zu sich als nützlich.“ Ja, der Hüter der Gesundheit von vier Millionen Werktätigen weiß ausdrücklich auf den „überflüssigen, übermäßigen Fleischgenuss“ hin.

In Anbetracht dessen, daß für den größten Teil der Proletarierfamilien der Fleischgenuss ein seltenes Ereignis darstellt, abgesehen davon, daß die Bekände des minderwertigen Fleisches auf dem Schlachthof stets außerordentlich begehrt und sehr rasch ausverkauft sind, scheint es dem gelehrten Herrn Stadt-Bezirksamrat bisher völlig entgangen zu sein, daß in Deutschland der Verbrauch von Pferde- und Hundefleisch in der Nachkriegszeit außerordentlich gestiegen ist. Es ist doch nicht anzunehmen, daß Herr von Drigalski das Hundefleisch meint, wenn er sagt: „Rein Zweifel, daß unsere Roste im all-

gemeinen gut und sehr solide ist. Aber sie ist in vielen Fällen zu dick, fett und mäßig.“ Hier scheint Drigalski eher eine direkte Verhöhnung der Arbeiter beabsichtigt zu haben.

Anderes kann man es kaum verstehen, wenn man bedenkt, daß beispielsweise der Milchverbrauch in den letzten Jahren ständig gestiegen ist und das, trotzdem vom Hauptgesundheitsamt und den Milchhandelsorganisationen eine umfangreiche Kampagne für die Steigerung des Milchverbrauchs entfaltet wurde. Man kann doch nicht gut die Milch als ein Luxusnahrungsmittel bezeichnen.

Nachdem in äußerst sachlicher Weise der Herr Professor sich über den Genus von Wein („man darf zugeben, daß reiner, gewachsener Wein von allen Nahrungsmitteln am wenigsten zu verwerten ist... Im Gegensatz zu früher hat das Verständnis für reinen deutschen Wein zugenommen“) ausgebreitet hat, kommt er zu dem Schluß: „Schon unserer Gesundheit zuliebe sollten wir nicht von Fett und Fleisch vorwiegend leben.“ Auch „Feld- oder Wasserrüben können sehr reizvoll und abwechslungsreich verwendet werden“.

Gerade in diesen Sätzen ergibt sich mit besonderer Deutlichkeit die Absicht, die Herrn v. Drigalski bei der Abfassung seines Artikels vorzuzugabe: Die Arbeiterchaft zu einer weiteren Einschränkung ihrer schon jetzt außerordentlich zurückgefallenen Ernährungsweise zu veranlassen. Er liefert gemeinsam mit einer Reihe anderer „Wissenschaftler“ dem Unternehmer die Grundlage für die Reduzierung der Löhne und Gehälter. Deshalb ist es notwendig, daß die Arbeiterchaft auf derartige, direkt ihre Lebensinteressen gefährdende Äußerungen ein wachsames Auge hat und ihnen stets entgegentritt.

## Rund um den Rostkopf

Es ist etwas Eigenartiges um die Hausfrau. Sicher geht sie mit offenen Augen und wachem Ohr durch ihre Welt. Merkt sich dieses und denkt sich jenes, aber dabei bleibt es auch. Sie räsonniert, aber sie politisiert nicht. Nehmen wir eine Periode, die fast hinter uns liegt: die Kälte und ihre Auswirkungen auf Portemonnaie und Rostkopf.

Das war ein Heidenpektakel, als die Preise für Kartoffeln von Tag zu Tag, ja von Vormittag zu Nachmittag in die Höhe kletterten. Von 50 Pfennig für 10 Pfund auf 1 Mark. Ober der Bücher mit den Hühnerfrüchten. 76 Pfennig das Pfund Linsen, 70 Pfennig die Bohnen, was noch gestern 50 Pfennig gekostet hatte. Das einzige Erbarmen scheint man mit dem Reis gehabt zu haben, sein Preis blieb fest, oder hat jedes Reiskörnern einen Stempel, der die Qualität garantiert? Oder die Herren Schlächtermeister. Gaben die Schweine so gekostet, daß der Preis für Schweineleber von 1,40 gleich auf 1,80 kletterte mühte? Rehmlich war es mit allen anderen Fleischsorten.

Das alles sah die Hausfrau. Sie machte ihrem Vorn schon in der Markthalle Luft, schimpfte bei der Nachbarin, teilte auch dem Mann allenfalls davon etwas mit und Schluß. Es ging zu wie bei einem Platzregen, den schnell die Sonne trocknet.

So geht man dem Lebensmittelmacher nicht zu Leibe. Dieser verpuffte Herr muß organisiert werden. Der Anknüpfungspunkte sind genug. Man muß z. B. den Ursachen nachgehen... und dann sieht man mit beiden Beinen schon in der Politik drin. Profane Dinge sind's, um die es da geht, aber sehr heilsam zur politischen Erziehung der Hausfrau. Roland.



Erwerbslosen-Versammlung

am Mittwoch, dem 27. März, 14.30 Uhr, im „Zentralballsaal“...

Erhöhung der Wohlfahrtsamt-Richtsätze

Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat im Stadtparlament folgenden Antrag eingebracht:

Infolge der fortschreitenden Teuerung und der vom Wohlfahrtsamt getroffenen Sparmaßnahmen...

Besondere Härten ergeben sich auch aus der übermäßig hohen Anrechnung der Renten von Kriegsschädigten...

Die Unterzeichneten beantragen: die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen,

- 1. die Richtsätze des Wohlfahrtsamtes der allgemeinen und gehobenen Fürsorge vom 1. April d. J. ab um 20 Prozent zu erhöhen;
2. das künftige Wohlfahrtsamt anzuweisen, eine Nachprüfung der Richtlinien über die Anrechnung der Renten...

Ueber diesen Antrag wird in der nächsten Stadtverordnetenversammlung beraten werden.

Heute morgen nach 7 Uhr war der Arbeiter Adolf Böhm, Opitzstraße 47 wohnhaft, auf dem Ausstellungslande...

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Januar 1929 auf 608 657 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende Februar 1929 nach der „Fortzählung“...

In der Bäckerei verunglückt. Am 23. März kurz vor 16 Uhr wurde die Feuerwehrraum Nr. 102 alarmiert.

Das Festungsamt der Stadt Breslau, An der Elisabethstraße 2/4, ist am Sonntag, dem 30. März, von 7.30 bis 13.30 Uhr...

Vermisst. Seit dem 20. März 1929 die Ehefrau Minna Hiller, geb. Heilmann, geb. 8. 6. 1860 zu Wüstegiersdorf...

Seit 18. März 1929 das Küchenmädchen Gertrud Petrat, geb. 12. 12. 1896 zu Breslau, Schulstraße 1, Bürgerobdach, aufhalslos...

Straßenunfall. Die Verkäuferin Charlotte Mendisch wurde auf der Grauden- oder Wallstraße von einem Personkraftwagen angefahren...

Nachhafte Diebstehle. In der Nacht zum 22. März 1929 sind in Breslau 0,5 t aus einer Fleischerwerkstatt durch Einbruch...

Die falsche Wohlfahrtsplegerin treibt noch immer ihr Unwesen. Am 20. März 1929 gegen 19 Uhr ist sie erneut aufgetreten...

Ein neues Bad in Gräbchen. Im Hause Gräbchener Straße 54 ist am Dienstag, dem 26. März, das Kurbad Gräbchen...

Sportvereinigungen Nordost O. S. J. u. S. Alle Mitglieder erscheinen Mittwoch, den 27. März, 20 Uhr, in der Turnhalle...

Im Ufa-Theater läuft diese Woche der Lubitsch-Film „Der Patriot“.

Am Freitag, dem 29. März, bis einschließlich 1. April stattfindet, benötigen wir eine Anzahl Nachtquartiere für Turnierteilnehmer...

Parteiveranstaltungen. Mittwoch Versammlung der Straßen- und Betriebszellenmitglieder im „Mittleren Raum“.

Die „Volkswacht“, Herr Severing und das Buch

Nachdem die Manager neudeutschen Kulturbetriebes die „Kultur“ und den „Trauertag“ in gewohnter Frische überstanden...



diese routinieren Manager verfügen. Am letzten Freitag auf den „Tadabu“ den „Tag des Buches“.

mundgerecht zu machen versuchte. Um Opposition zu mindern, schrieb er, daß es ihn merklich bekümmere, daß „ausgerechnet“ Dr. Käppler...

„Es geht eben nicht, daß Vertreter geistiger Freiheit mit Vertretern geistiger Vormundschaft, daß sich Menschen, denen der Begriff Volksgemeinschaft im geistigen und völkischen Sinne voraussetzt...

Der Volkswacht-Schreiber will also den Lesern einreden, daß Herr Severing und die Sozialdemokratie gegen „geistige Vormundschaft“ und für das Buch mit Klassenkampfcharakter sind.

Ein „Musterbetrieb“ am Scheibenweg

15 stündige Arbeitszeit — Organisierte sind unbeliebt

Schlechte Zustände herrschen in dem Betriebe der „Schlesischen Schugtramb“, Scheibenweg 93. Wenn man in diesem Betriebe arbeitet, so fühlt man sich in die wilhelminische Zeit zurückversetzt...

„Da müssen Sie eben stempeln gehen, ich bin doch keine Wohlfahrt.“

Es lag ihm nämlich daran, daß sonst keine Lieblinge Stundenlohn machen müßten. Daß dieser Arbeitgeber auch Lieblinge hat, sei hier besonders hervorgehoben.

ermüdet ist vom vielen — Antreiben, übernimmt D. die Rolle. Als am Mittwoch der Arbeiter R. durch Ausgleiten einen kleinen Unfall erlitt...

Hast Du schon

eine Karte zur Kundgebung des KJVD. am Mittwoch um 20 Uhr im „Zentralballsaal“? — Russenfilm: 10 Tage die die Welt erschütterten

Mord an einem Ahtzehnjährigen!

Dhyan. — Am Freitagnachmittag wurde oberhalb Klein-Triegarten eine männliche Leiche aus der Ober gelandet, die von den Gerichtsbehörden beschlagnahmt wurde.

Achtung, kommunistische Gemeindevorsteher!

Rat und Auskunft in allen kommunalpolitischen Angelegenheiten erteilt die kommunalpolitische Abteilung der SPD, Bezirksleitung Schlesien.

Quartiere gesucht!

Zu dem kommenden 1. Schlesischen Arbeiter-Schachturnier, das in der Zeit vom 29. März bis einschließlich 1. April stattfindet...

Versammlungska'ender

Parteiveranstaltungen. Mittwoch Versammlung der Straßen- und Betriebszellenmitglieder im „Mittleren Raum“.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau. — Gruppe Nord. Dienstag 20 Uhr Heimabend bei Schnitler, Molkenstraße, Café Kastrache, Gölle willkommen.

Jugend-Spartakus-Bund. — Gruppe Ost. Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Banke, Seledrichstraße 41.

Noter Frontkämpfer-Bund. — Dienstag 19.30 Uhr Abteilungsüberführung im Gaubitz, Fischerstraße 22.

Sonstige Organisationen. — Arbeiterkassen. Dienstag von 20-22 Uhr Übungsstunden bei Reimann, Neue Antonienstraße 2.

Freiburg. Metallarbeiter. Dienstag, den 26. März, um 19 Uhr im „Mäcker“ in Pohlitz Mitgliederversammlung.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Der heutigen Ausgabe unseres Blattes liegt ein Prospekt der 7. Volksmobilität D. C. Kräger A. O., Berlin, bei.

Nachläge zur Olympia in Amsterdam. Die Firma Heinrich Brandt & Co. m. b. H., Berlin-Ludwigshagen, stellt ihren Anhänger 14 Serien Sportbilder von der Olympia unentgeltlich zur Verfügung.

## So werdet Ihr verböhnt

Aus Hermsdorf-Köthitz schreibt uns ein Bergarbeiter: Von den Spenden, die durch Vermittlung des „Berliner Tageblattes“ für die Waldenburger Bergarbeiter gesammelt wurden, belamen auch die hiesigen Bergarbeiter etwas ab. Zuerst wurde die Bedürftigkeit gepörscht und darauf die Sachen an die „Bevorzugten“ verteilt. Die Sachen machten den „gräßlichen Herren und Frauen“, die dem Aufruf des „Berliner Tageblattes“ Folge leisteten, alle Ehre. Unter den Sachen befanden sich:

- Strümpfe ohne Fäße,
- alte Hüte ohne Bänder,
- Schuhe ohne Absätze
- und auch einige Minikrankentitel.

Am Tage nach der Verteilung erschien einer der Bedürftigen in der Grube mit dem Minikrankentitel angetan.

**Galleuja!**  
Kommentar erübrigt sich!

## SPD.-Reichstagsabgeordnete Unfange läuft ein Haus

Aus dem Gemeindeparslament Nieder-Salzbrunn. — Die SPD. schweigt. — Erwerbslosen Antrag wird abgelehnt.

Die Sitzung der Gemeindevertretung Nieder-Salzbrunn fand am 21. März statt. Zuerst wurde den Beschlüssen des Bauausschusses zugestimmt. Das Ortsstatut zur Geschäftsordnung wurde vertagt bis zur Neuwahl. Bei der Vergütungssteuer beantragte Genosse Grosse, daß bei Vergütungen der Vereine bei einem Eintrittspreis bis zu einer Mark keine Steuern erhoben werden, dies wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen und der SPD. abgelehnt. Der Punkt „Grundstückverkauf“ wurde in der vorigen Sitzung abgelehnt. Jetzt gab der Gemeindevorsteher bekannt, der Vertrag wäre gekündigt, im Falle der Ablehnung müsse die Gemeinde die Kosten übernehmen. Es sei ein Fehlbetrag von 30 000 Mark zu verzeichnen, davon sollen 15 000 Mark durch ein fünftes Steuerdritteljahr, der Rest durch den Verkauf eines Grundstücks gedeckt werden. Der Etat sehe 10 000 Mark vor.

Genosse Grosse erklärte, er sei gegen jeden Verkauf eines Grundstücks und gegen das fünfte Steuerdritteljahr. Er beantrage, die Summe durch ein Darlehen aufzunehmen. Der Verkauf des Grundstücks wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen trotzdem beschlossen. In dieser Angelegenheit war die Stellungnahme der Sozialdemokraten eine ganz sonderbare, sie verloren kein Wort, denn die

**Käuferin des Grundstücks ist die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Marie Anforge.**

Ferner wurde die Neuwahl der Wohnungskommission vorgenommen. Des weiteren wurden dem Turnverein (D. L.) und dem Arbeiter-Radsportverein je 75 Mark bewilligt. Ein Antrag der Diakonissen, für je 200 Mark in den Etat einzulassen, lag vor. Herr Vogt von der SPD. empfahl, die Frauen Schwestern gleich hinzuzunehmen, da sie im nächsten Jahre sowieso wiederkommen. Ein sozialdemokratischer, welcher sich für die kirchlichen Einrichtungen einsetzt. Von der Abschaffung des Sechz- und Eissfamilienhauses wurde Kenntnis genommen. Der Einbruchdiebstahlversicherung und den Beschlüssen des Wohlfahrtsausschusses wurde zugestimmt. Der Antrag Wilsch wurde nochmals an den Ausschuss verwiesen. Dem Antrag der Erwerbslosen auf Belieferung mit Kohle wurde stillschweigend entgegengesehen. Genosse Grosse empfahl die Annahme des Antrages und wünschte jedem Vertreter, einmal erwerbslos zu sein, um sich in die Lage der Erwerbslosen versetzen zu können. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen abgelehnt. Als sich darauf im Zuschauerraum ein Raunen der Erwerbslosen bemerkbar machte, erklärte der Gemeindevorsteher: „Hier hat niemand etwas zu erwidern, sonst müßte er von seinem Recht Gebrauch machen“. Die Bürgerlichen hatten nicht den rechten Mut, dagegen zu stimmen, anscheinend aus Angst vor den anwesenden Erwerbslosen. Nach einigen Kenntnisnahmen wurde die Sitzung geschlossen. Auf den Hausverkauf der Gemeinde kommen wir in einem besonderen Artikel noch zurück.

**Kathensack.** Anonyme Zuschriften können nicht veröffentlicht werden. Dies dem „Berger“ zur Kenntnis.

**Bärzdorf.** In der letzten Gemeindevertreteritzung wurde mitgeteilt, daß infolge der Rückzahlung der Kreissteuer die Gemeindefiskus um eine Kleinigkeit gekürzt werden könne. Das Spritzenhaus soll einen neuen Fußboden und neue Bedachung erhalten. Das Gehalt der Stellungslosen Elfe Klein um Beihilfe wurde abgelehnt, was so recht die reaktionäre Einstellung der Vertreter kennzeichnet. Die Unterstützungsanträge des Arbeitslosen Theist und des Altersrentenempfängers Stach wurden auf Antrag des Herrn Herfort in geheimer Sitzung behandelt und die anwesenden Arbeitslosen aufgefordert, das Zimmer zu verlassen. Warum das? Zur Frage des Schulbaues wurde beschlossen, eine Einwohnerversammlung abzuhalten.

— 21 Hausangestellte in einem Jahre verjuchten, eine nach der anderen, ihr Glid bei dem Gutsherrn Albert Kollke. Ob die 21 nun bleiben wird, ist sehr fraglich. Die Stellung scheint gerade eine angenehme zu sein.

## Freiburg

Die freiwillige Gemeinde veranstaltet am Sonntag, dem 31. März, im „Schützenhaus“, ihre Jugendbeweise. Eintritt frei! — Neben: Familien- und Unterhaltungssaband, unter Mitwirkung der Arbeitergesangsvereine „Frohstimm“ und „Vorwärts“. Das Programm ist sehr reichhaltig. Es gelangen zur Aufführung Gesang, Forträge, Theater und Marmorgruppen.

## Striegau

**Gästigt.** Die Panzerkrenzsozialisten können nicht schlafen! Unser Artikel: „Ist eine SPD.-Reihe von Vorteil?“ scheint einigen von der großen Panzerkrenzpartei die Ruhe zum Schlafen geraubt zu haben. Als am anderen Sonntagabend die Proleten wieder nach Kohle kamen, erklärte Reichsa: „Freie können die Kohlen noch nicht für 1,40 Mark verkauft werden, sie kosten wieder 1,70 Mark, und wenn sie zu teuer sind, der soll ruhig nach Hagenau gehen, vielleicht sind sie dort billiger.“ Wir können anders drüßlich, daß diejenigen Arbeiter, die um Aufnahme des Artikels in der „Arbeiter-Zeitung“ erjucht haben, gar keine Kommunisten sind, sondern es sind solche, die der SPD. nahe stehen oder sogar Mitglied der SPD. sind. Ein Mitglied des Wirtschaftsausschusses war auf den Artikel aufmerksam gemacht worden und wollte nun die Bücher kontrollieren, was ihm aber von den anderen Mitgliedern des Ausschusses verjagt wurde. Jetzt will man ihn aus dem Ausschuss hinausjordan und einen anderen hineinnehmen. Als die stabile Pöhrung in den Gang kam, wollte man dem Kohlenhändler den Preis unterbieten, indem man den Wirtschaftsausschuss bildete, und wollte die Arbeiterschaft mit verbilligter Kohle beliefern, aber heute muß man erleben, daß sie dort fast teurer ist als beim Kohlenhändler. Genau so ist es mit dem Holz, welches als minderwertig zu betrachten ist, da es schon angekauft ist. Dieses verkauft man für 2,30 Mark pro Zentner. Beim Händler bezahlt man 2,10 Mark. Beim Wirtschaftsausschuss machen sieben Zentner Holz einen Meter, das macht 16,10 Mark

pro Meter. Beim Händler bezahlt man für den Meter 12 Mark, also 4,10 Mark weniger. In diesen Tatsachen kann auch die Hege gegen die „Arbeiter-Zeitung“ nichts ändern.

## Landeshut

**Nachricht der Ausgesteuerten!**

Auf die Eingekandts verschiedener Wohlfahrtsempfänger sowie des Wohlfahrtsamtes, die im „Landeshuter Tageblatt“ veröffentlicht wurden, erklärt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion folgendes:

„Die Empörung unter den Wohlfahrtsempfängern über die ungenügende Unterstützung sowie über die 50 Prozent Anrechnung des verdienten Lohnes der Ehefrau auf die Unterstützung ist vollberechtigt. Daran ändert auch nichts die Veröffentlichung des Wohlfahrtsamtes, in der durch die Veröffentlichung eines Falles nachgewiesen werden soll, daß die Anrechnung des Verdienstes auf die Unterstützung nach Ansicht dieser Behörde berechtigt ist. Die Reichsgrundsätze über Vorauszahlung, Art und Maß der Fürsorge vom 4. Dezember 1924 befehlen: § 1: Die Fürsorge hat die Aufgabe, den Hilfsbedürftigen den notwendigen Lebensbedarf zu gewähren; § 8: Zum notwendigen Lebensbedarf gehören: a) der Lebensunterhalt, insbesondere Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Pflege. Wer will nun behaupten, daß die vom Bezirksfürsorgeverband für den Kreis Landeshut festgesetzten Richtsätze, 33 Mark für eine alleinstehende Person, 44 Mark für zwei Personen im Monat (!), ausreichend sind, um den notwendigen Lebensbedarf zu bestreiten? Daß man aber für die Ehefrau nur ein Drittel des Betrages festsetzt, der für eine einzelne Person als Richtsatz gilt, ist unbegreiflich, selbst dann, wenn man in Betracht zieht, daß die Ausgaben für Miete, Licht und Feuer für zwei Personen die gleichen sind wie für eine Person. Gelehrterweise müßte der Zuschlag für die Ehefrau zum mindesten acht Zehntel des Betrages ausmachen, den man für eine Einzelperson gewährt. Ebenso müßte eine Erhöhung des Zuschlages für jedes Kind erfolgen. Dadurch würde ein Ausgleich geschaffen werden gegen-

über der Familien, wo die Frau Arbeitsverdienst hat, weil ja dann der Zuschlag für die Ehefrau sowieso in Wegfall kommt. Was aber die im Betrieb stehende Frau noch darüber hinaus verdient, das soll man ihr überlassen, weil sie ja außer ihrer Veräußerung von Arbeitskraft auch Aufwendungen für Berufsausbildung usw. hat. Wir leben in einem angeblichen Kulturstaat, man muß aber an der ganzen Kultur verzweifeln, wenn in diesem Kulturstaat der Frau neben ihrer Aufgabe der Kindererziehung, der Führung des Haushalts, der Betriebsarbeit, auch noch die Erhaltung des Mannes, zu gebürdet wird, wie das durch die Handhabung der Wohlfahrtsfürsorge geschieht. Wenn die arbeitende Frau in der Woche 16 Mark verdient und ihr Mann Wohlfahrtsempfänger ist, weil für ihn keine Arbeitsmöglichkeiten vorhanden sind, so bekommt er keine Unterstützung, weil 50 Prozent des Arbeitsverdienstes der Ehefrau so viel ausmachen, wie er Unterstützung erhalten sollte. Aus diesem Grunde hat die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, daß eine Anrechnung des Arbeitsverdienstes der Ehefrau auf die Unterstützung nicht erfolgen darf. Wenn aber behauptet wird, die Stadt sei nicht zuständig für die Festsetzung der Richtsätze, so sei demgegenüber festgestellt, daß die Vertreter der Stadt im Fürsorgeverband ein wichtiges Wort mitzusprechen haben, um für eine Änderung in der Handhabung der Wohlfahrtsfürsorge einzutreten. Die bei Beratung unseres Antrages bewilligten 2000 Mark sollten nach unserem Vorschlag dazu verwendet werden, die Ungerechtigkeit, die bei Anrechnung des Arbeitsverdienstes der Frau auf die Unterstützung des Mannes vorliegt, zu beseitigen. Der dazu aufzuwendende Betrag beträgt nach Angaben des Wohlfahrtsamtes noch nicht 100 Mark wöchentlich. Die bewilligten 2000 Mark wären also bis Schluß des laufenden Etatsjahres noch nicht aufgebraucht worden. Für den Restbetrag sollten den in Klasse I bis 6 stehenden Arbeitslosen sowie den Krisen- und Wohlfahrtsunterstützungsempfängern Kohlen geliefert werden. Aus dem Eingekandts in Nummer 65 des „Landeshuter Tageblattes“ ist ersichtlich, daß unsere Vorschläge vom Wohlfahrtsamt nicht zur Ausführung kommen. Die Erregung unter den Betroffenen ist deshalb begreiflich!“

## Niederschlesien

### Görlitz

**Sitzung der erweiterten NSD.**

am Dienstag (nicht am Donnerstag), dem 26. März, um 20 Uhr in der „Union“, Langenstraße. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist erforderlich.

**Woh! dem, der lügt!**

Seit undenklichen Zeiten vom erstenmal hatte im Bereich unseres Unterbezirks die SPD. den immerhin erstaunlichen Mut aufgebracht, zu einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung aufzutreten. Wohlweislich hatte man sich auf der Luisenstraße zu diesem Experiment nicht etwa Görlitz oder irgendeinen ausgesprochenen Industriort der Umgebung ausgejucht, sondern die Versammlung wurde am Mittwoch nach Geißdorf — scheinbar auf Drängen der dortigen SPD.-Ortsgruppe — einberufen. Als Referent war der Vorsitzende des Unterbezirks Görlitz der SPD., Patt, erschienen. Auf den Einladungszetteln verbandete man in bombastischer Weise: „Erwerbslose! Holt euch Aufklärung bei der Sozialdemokratie! Die SPD. schimpft nicht, sie arbeitet!“ Nach dieser vielversprechenden Ankündigung konnte man einigermaßen neugierig auf die Ausführungen des Referenten sein. Patt bemühte sich auch redlich in seinem vom Referentenmaterial heruntergesehenen „Referat“, alle gefährlichen Klippen, wie Krisenfürsorge, Saisonarbeiterunterstützung, Herabsetzung der Altersgrenze bei der Invalidenversicherung, Wehrprogramm, Reichswehretat, Konordat usw., usw. zu umgehen. Aber er tat es in einer so ungeschickten Art und Weise, daß man ihm deutlich anmerkte, wie wenig wohl ihm in seiner Haut zumute war. Aber er kann sich trösten, auch die „großen Kanonen“ von den Verbandsvorständen oder wie der „linke“ Buchwitz, befinden sich heute den Proleten gegenüber in einer gleichen unangenehmen Lage. Meisterhaft verstand es Patt dagegen, auf die Kommunisten und auf Sowjetrußland zu schimpfen — scheinbar versuchte er auf diese Weise, sein sonst klägliches Referat etwas zu „verbessern“. In der darauffolgenden Diskussion sprach Genosse Brod e-Görlitz, der an Hand von einwandfreiem Tatsachenmaterial die Rolle der SPD.-Führer als Verräter an den Interessen der Arbeiterschaft brandmarkte. In seinen einständigen Ausführungen, die von den Anwesenden — meist Sozialdemokraten — mit Zustimmung aufgenommen wurden, setzte sich der Diskussionsredner in aller Echtheit mit dem, was der Referent an Unwahrscheinlichkeiten aufgestellt oder „verheißentlich“ vergessen hatte, auseinander. Patt, der sich seiner kläglichen Rolle in dieser Versammlung durchaus bewußt war, versuchte im Schlußwort mit ausgemachten Lügen zu operieren, teilweise aber einschüpfeln ihm „verheißentlich“ Geständnisse, die nur dazu dienen konnten, die Ausführungen des Diskussionsredners noch besser zu unterstreichen. Beispielsweise versuchte er, der Versammlung planmäßig zu machen, daß die Sozialdemokraten gegen den Panzerkreuzerbau gestimmt hätten. Der SAJ. von Görlitz sagte er nach, daß sie aus kommunistischen Epiteln bestände, alle Redner in der SAJ. hätten in der Diskussion zum Wehrprogramm in derselben Weise gesprochen, wie der Kommunist. Es ist selbstverständlich, daß Patt auch die Haltung der Sozialdemokraten am 4. August 1914 verteidigte und für Koste schwärmte. In der dümmsten Weise argumentierte er gegen Sowjetrußland. Da fast jeder Satz eine Lüge war, hagelte es Zwischenrufe. Das machte ihn wild. Mit überschneppender Stimme beschimpfte er in der wüsten Weise die Kommunisten und die Zwischenrufer. — Die Zuhörer haben sich jedenfalls ein Bild davon machen können, wie die Sozialdemokraten versuchen, durch Lügen und Verdrehungen die Arbeiter einzumischen. Die Kommunisten werden überall, wo diese Leute es wagen werden, ihren schändlichen, jahrelang geübten Verrat an der Arbeiterklasse mit Lügen und Verdrehungen zu beschönigen, ihnen entgegneten und sie zwingen, vor den Arbeitern Farbe zu bekennen. Daran kann auch die Drohung von Patt, daß in öffentlichen Versammlungen der SPD. kein Kommunist mehr zur Diskussion zugelassen werden soll, nichts ändern. Diese Drohung wird schon deshalb eine leere Angst-Orke bleiben, weil die in den Versammlungen anwesenden Arbeiter

## Massenkundgebungen des KJVD.

- am 29. März in Liegnitz, Caesars „Habsburger Hof“, nachmittags 5 Uhr, abends 8 Uhr.
- am 28. März in Waldenburg Weißstein, „Deutsches Haus“, abends 7 Uhr.
- am 30. März in Sagan.

**Vorführung des russischen Großfilms:**

**10 Tage die die Welt erschütterten**  
Ansprache, Musik, Rezitation

Eintrittspreis 30 Pf. Karten bei sämtlichen Funktionären des KJVD. erhältlich.

selbst dafür sorgen werden, daß die kommunistischen Genossen in der Diskussion zu Worte kommen. — Lieber Gott! Du bist noch kein Löbe, der den Kommunisten im Reichstag den Maulkorb umhängen will, aber — wie der sich räuspert und wie er spuckt, das hast Du ihm gründlich abgedrückt!

### Liegnitz

**Vertichtigung.** Wie unser Herr F e l b e l, Klosterstraße 1/2, zu dem in Nummer 69 unserer Zeitung unter der Ueberschrift „Gerichtssaal“ erschienenen Artikel mitteilt, ist es in der besprochenen Gerichtsverhandlung nicht zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt, sondern freigesprochen worden. — Anscheinend ist unser Berichterstatter das Opfer einer unrichtigen Information geworden.

### Hagnau

**Freitod eines Apothekers.** In seiner Wohnung Gartenstraße 15 fand man den aus Liegnitz stammenden 34 Jahre alten lebigen Apotheker Bruno S. mit einem schweren Kopfschuß auf. Er verstarb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Was ihn in den Tod getrieben hat, ist unbekannt.

### Steinau

**Sonderbare Zustände bei der Polizeiverwaltung.** Ein Arbeitsloser, Vater von fünf Kindern, begab sich nach der Polizeiverwaltung, um eine Unterstützung zu erlangen. Hierbei ergab sich ein Wortwechsel, in dessen Verlauf ihn im Zimmer des Oberstadtschreibers der Polizeihauptwachtmann Horng täglich angriff, indem er ihn stieß und am Halse würgte. Nur der Besonnenheit des Arbeitslosen ist es zu verdanken, daß nichts Schlimmeres passierte. Wir verlangen eine strenge Untersuchung dieses unerhörten Vorfalles. Die Arbeitslosen müssen vor den Uebergriffen solcher Beamter geschützt werden.

## Rundfunk-Programm

**Dienstag, 26. März, 14.35:** Kinderstunde. • 16: Dr. Mai: Stunde mit Büchern. • 16.30: Unterhaltungskonzert. Kapelle Nowak. • 18: Dipl.-Turn- und Sportlehrer Schopf: Südostdeutslands Reichsbewegung. • 18.30: Französisch für Anfänger. • 19: Stunde der Technik. Einl. Worte: Oberingenieur Kolbenberg. • 19.20: Moderne Schaufenerbeleuchtung. • 19.25: Oberpräsident Vademann: Niederschlesien als deutsches Grenzland. • 19.50: Einführung in die Oper des Abends. • 20: Stadttheater Breslau: Alca. Oper in vier Akten. Musik von Giuseppe Verdi. Verj.: Der König; Amneris; seine Tochter; Alca; äthiopische Sklavinnen; Nababes; Felibert; Ramphis; Oberpriester; Amonasto; König von Äthiopien. Vater der Alca; eine Priesterin; ein Poet. • Anschl.: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens.

**Mittwoch, 27. März, 16:** Ab. Hof: Nordlandreise. • 16.30: Unterhaltungskonzert. Funkkapelle. Mitw.: C. Weder (Cello). • 18: Pfarrer Dr. Wielenshütter: Die Passion Christi in der deutschen Predigtkunst. • 18.30: Französisch für Fortgeschrittene. • 18.55: Domkapellmeister Dr. Blasko: Die Karwoche in Liturgie und Choral. • 19.20: Deutsche Weite: Prof. Dr. Stein: Genossenschaften und deutscher Mittelstand. • 19.50: Caritasdirektor Schüller: Aus der Werkstatt der freien Wohlfahrtsfürsorge. • 20.15: Das Apostelwort von M. Mell. Verj.: Der Großhändler; Magdalena; Johannes; Peter. • 21: Carolo lang. • (Schallplatten). • 22: Dr. Zoff: Ausführungen des Breslauer Schauspielers.

**Donnerstag, 28. März, 16:** Stunde mit Büchern. • 16.30: Russische Lieder. Funkkapelle. • 18: Dr. Adler: Klima, Kleidung und Kultur. • 18.25: Dr. Hildebrand: Schmerz und Leid in der Passion. • 18.50: Dr. Kohl: Wirtschaftliche Zeitfragen. • 19.10: S. Rabus: Die Stellung des Fabrikarbeiters im modernen Fabrikbetrieb. • 19.35: Englische Lektüre. • 20: Leipzig: Portspiel und Arie nach Berlin von Max Dautenheden für Sopran, Gambe, Klöte, Oboe, Fagott und Streichinstrumente von Paul Graener. Leipziger Sinfonie-Orch. Leitung: Der Komponist. • Anschl.: Aus dem Museum für Kunstgewerbe und Altertümer Breslau: Musik auf alten Musikinstrumenten. Dialog: Dr. Gündel und Dr. Rid. • 21: Sinfoniekonzert. Brudner: Vierte Sinfonie in Es-dur. Schlesiensche Philharmonie. • 22: Funkrechtlicher Briefkasten.

**Freitag, 29. März, 9.15:** Glöckchengeläut der Christuskirche. • 11: Katholische Morgenfeier. Ansprache: Pfarrer Dietrich, Mitw.: Kirchenchor St. Bonifatius, Käte Graber (Rezitation). • 12: Karfreitagskonzert. Ausf.: Margot-Halle (Violin), Marta Ringel-Sühner (Klavier und Harmonium), Th. Martin (Bariton). • 15: Anselm Kohl: Das Briefmarkensammeln als Liebhaberei und als Kapitalanlage. • 15.25: Glöckl: Dipl.-Ing. Walter: Beton und Stahl in ihrer Beziehung zu einander. • 15.50: W. Kankä: Die Verunsicherungen des deutschen Angestellten im Auslande. • 16.20: D. Haupt voll Blut und Wunden. Rezitationen und Gesänge. Ausf.: Käte Graber (Rezitation), Edith Baumert-Mahlin (Sopran), Irma Lew-Hort (Mezzosopran), Ella Penz-Breiter (Alt), Schlesiensches Kronorchester. • 17.40: Glöckl: Herrn. Falt tief aus seinem neuen Roman „Das Spielzeug der Welt“. • 18.05: Glöckl: Chordirektor Dr. Joffel: Das geistige Werden in Oberdeutschland. • 18.30: D. Traugott o. Gerzeled. Alte Kirchenmusik und Volkslieder. Ausf.: Peer Ehot, Fr. Wirth, Margarete Dittmann (Alt), Friedrich Wirth (Kante), Kr. Binnowski (Gambe). • 19.20: Sportabend vor dem Mitrophen. W. Späthle intedert den Breslauer Boxer Zpra. • 19.45: Dr. Reiche: Bild in die Zeit. • 20.15: Heinrich Schüb. Hyloria des Lebens und Sterbens unseres Herrn und Heilandes Jesu Christi nach dem Evangelium St. Matthäus. Verj.: Evangelium: C. Branner (Tenor); Jesus: Fr. Gante (Bass); Pilatus: Fr. Beril (Tenor); Petrus: Fr. Seibold (Tenor); Kaiphas: Gerb. Schröder (Bass); Pilatus: Fr. Elisabeth Böhm (Alt). Der Kirchenchor von Eissaufend Jungfrauen. • 21.30: Passion von Albert Thalhoff. Herbert Brunar. Am Harmonium: Fr. Raas.

# Oberschlesien

## Zum vierten Reichsjugendtag in Düsseldorf Ostern 1929

Zum vierten Male ruft der RFD, die Mitgliedschaft, die revolutionäre Jugend des ganzen Reiches, zum Aufmarsch der arbeitenden Jugend für ihre Kampfeslösungen auf. Mit Stolz blicken wir auf die vergangenen Jugendtage zurück, die eine Mobilisation der jungen Kommunisten und ein Aufsteigen großer Teile inaktiver Jugendarbeiter für den revolutionären Klassenkampf waren.

Im Jahre 1928 berief der RFD den ersten Reichsjugendtag in Jena zusammen. Jena wurde für das Treffen ausgewählt, weil dort gleichsam die Wiege des Jugendverbandes steht, da in seinen Mauern im Jahre 1918 die Gründungskonferenz stattfand. Hier wurde von der versammelten oppositionellen Mitgliedschaft der Arbeiterjugend unter der Militärdiktatur des Weltkrieges, die organisatorische Trennung von der Berliner Jugendzentrale bis dem Sozialverrat huldigte, vollzogen. Damit war der geschichtliche Grundstein zum heutigen RFD, dem Banner der Revolution, dem wahren Internationalismus und freigelebten Jugend, gelegt. Mit Karl Liebknecht an der Spitze baute die revolutionäre Jugendbewegung die Voraussetzungen für den organisatorischen Kampf gegen den Krieg geschaffen.

Dem jüngsten Reichsjugendtag folgte nach mehrjähriger Pause 1927 der zweite Reichsjugendtag in Hamburg. Einen gewaltigen Schritt vorwärts war bis dahin der Jugendverband marschiert. Im Feuer der revolutionären Kämpfe von 1928 bis 1924 erprobt, hat die Organisation die Zeit des Verbots, der Illegalität, gefählig überstanden und die letzten Reste bürokratischer, sozialdemokratischer Traditionen, Bürokratismus und schlangeliger Überleblichkeit, abgestreift. So marschierte der Jugendverband zu Tausenden in Hamburg auf, begeistert von den Hamburger Arbeitern empfangen, willkommen gehalten von zahlreich geschmückten Arbeiterkreisen der Millionenstadt. Zu Tausenden brachten die Hamburger Arbeiter durch Beteiligung am Massenaufmarsch ihre enge Verbundenheit mit dem Kampf der proletarischen Jugend zum Ausdruck.

Gegen die kapitalistische Rationalisierungsoffensive, die imperialistischen Kriegsvorbereitungen, den Bürgerkrieg und seine reaktionäre Jugendbegleitung; für das revolutionäre China, für die sozialistische Sowjetunion; — das waren die Lösungen, unter denen damals die Jugend in Hamburg aufmarschierte. An den Größern der Partikularisten vom Oktober 1928 gelobte sie ihre Hingabe und Treue zur Revolution.

Als im vorigen Jahre der Jugendverband in Chemnitz Deerschau auf seinem dritten Reichsjugendtag halten konnte, war die Zahl der Teilnehmer weiter gewachsen. Die revolutionäre Jugend marschiert und stärkt von Jahr zu Jahr ihre Reihen, erhöht ihren Einfluß.

Abermals wird gerufen, in allen Teilen des Reiches der Aufmarsch in Düsseldorf vorbereitet. Mühsam, zäh, unerbittlich spart ausgebeutete Jungproleten, Bekehrte, Großen um Großen vom täglichen Brot ab, um das Festgeld zusammenzutragen. Und muß es zu Fuß sein, nichts kann kampferprobte Jugend abhalten. Düsseldorf ist das Ziel für Ostern, auf Düsseldorf ist der Blick gerichtet. Nach der Metropole der deutschen Schwerindustrie sollen diese Ostern die Sonderzüge der Jungproleten. Düsseldorf ist eine der wichtigsten Städte des rheinisch-westfälischen Kohlengebietes, wo erst kürzlich Hunderttausende von Arbeitssklaven im Kampf um Lohn und Brot standen. Gleichmäßig ist auch dieser Kampf durch die Denkerrollen der Reformisten verraten worden. Die sozialimperialistische Koalitionspartei, die SPD, die im Interesse der Industriellen arbeitet, hat sich bei der elenden Abwägung des Kampfes dort selbst überlassen. Gleichzeitig reisen aber auch dort die Bedingungen heran, unter denen allein die Arbeiterklasse siegreich zu kämpfen vermag. Stetig, in besonderem Maße nach dem letzten Kampfe, wächst die Zahl, steigt der Einfluß der Kommunisten. In Düsseldorf steht die Mehrheit des Proletariats, wie das die letzten Wahlen bewiesen, hinter der kommunistischen Partei.

Dorthin heißt der Sammelruf, dem aus allen Teilen des Reiches Jungarbeiter in großer Zahl Folge leisten werden. Der offene Bürgerkrieg regiert nicht mehr, von seiner Seite drohen keine reaktionären Gesetze gegen die arbeitende Jugend mehr. An seine Stelle ist die Koalition von Sozialdemokraten und Bürgertum getreten, das Firmenschild hat sich etwas im Anstrich geändert, aber diese sozialdemokratische Koalition regiert ungemein schärfer gegen die Arbeiter und ihre Jugend. Verschärft haben sich die Klassengegensätze, verschärft damit der Klassenkampf selbst. Gewachsen sind die Kriegsvorbereitungen, gewachsen die Gefahr des imperialistischen Krieges überhaupt. Unausföhlbar größer wird der Gegensatz zwischen der Sowjetunion und der kapitalistischen Welt, immer drohender der Interventionskrieg gegen den proletarischen Staat. Daraus ergeben sich die Lösungen, unter denen die revolutionäre Jugend diese Ostern aufmarschieren wird:

- Gegen die imperialistische Kriegsgefahr!
  - Für die aktive Verteidigung der Sowjetunion!
  - Für den Sturz der Koalitionsregierung!
  - Für die Diktatur des Proletariats!
  - Für alle Forderungen der arbeitenden Jugend!
- Kommunistischer Jugendverband Deutschlands.  
Bezirksleitung Oberschlesien.

die Oppositionsliste erhielt 808 Stimmen, gleich 4 Sitze. (Wahlberechtigung 66 Prozent.) Weitere Listen fanden nicht zur Wahl. Im allen Betriebsrat war die Opposition mit nur einem Mann vertreten. Der Ausgang dieser Wahl ist zweifellos ein Erfolg für die Opposition und der Ausdruck des wachsenden Einflusses der Pumpeln auf den Planawerken.

### Oppeln

#### Gegen Die Erhöhung der Mieten in den städt. Häusern

Unter dieser Parole fanden sich am letzten Sonntag die Mieter der städtischen Häuser auf der Pölsel- und Hiltstraße im Nachbarhaus von Oppeln zusammen. Der Besuch war ein sehr guter. Nach der Eröffnung der Versammlung durch einen Mieter aus diesen Häusern ergriff Genosse D. L. B. als Vertreter des Mietervereins und Mitglied der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion das Wort. Er führte folgendes aus: Wie bekannt, hat der Bau dieser Häuser folgende Vorgeschichte: Als die kommunistische Fraktion im Jahre 1926 denmündlich erhalten hatte, daß etwa 280.000 Mark aus der Hauszinssteuer vorhanden wären, stellte sie sofort den Verdinglichungsantrag, daß sofort mindestens 40 Wohnungen für Arbeiter und bedürftige Familien erbaut werden. Bei der darauf folgenden Beratung des Wohnungsbauplanes war es interessant, festzustellen, daß sich alle Parteien im Stadtparlament auf den Standpunkt stellten, daß die Stadt in eigener Regie bauen müsse, um zu ermöglichen, daß, selbst wenn Mieter, die dort einzuziehen sollen, nicht in der Lage sind, die besonders niedrigen Mieten zu zahlen, auch diese weiter wohnen sollten, selbst wenn der Magistrat Zuschüsse zu zahlen gezwungen ist. Ein altes Sprichwort sagt aber: „Erstens kommt es anders und zweitens als man denkt.“ Nachdem nun die Mieter etwa zwei Jahre Ruhe hatten und ihren Verpflichtungen möglichst pünktlich nachgekommen sind, erachtet der Magistrat auf der Blödsche und erklärt, daß die Mieten zu niedrig sind, jeder Mieter demnach eine Erhöhung zu zahlen habe. Um diese Erhöhung schmachtlich zu machen, wurde sie auf dreimal verteilt. Während die erste Erhöhung im Februar fällig war und auch gezahlt wurde, sollte die zweite Erhöhung am 1. April fällig werden. Was die Zukunft bringt, steht noch nicht fest. Nach Angaben des Bürgermeisters Scholz mußte die Erhöhung auf Antrag der Ausschüssebehörde erfolgen, um den Haushaltsplan der Stadt zu balancieren. Genosse A. Kelle fest, daß, wenn der Haushaltsplan des bürgerlichen Parlaments balancieren solle, die Bewohner der städtischen Häuser die ungeliebtesten Objekte dafür sind, da gerade dort viele erwerbslos sind und alle Anerkennung verdienen, daß sie immer noch ihrer Verpflichtung nachkommen. Genosse B. forderte die Mieter auf, geschlossen jede weitere Mietererhöhung abzulehnen, was auch einstimmig angenommen wurde, und er forderte weiterhin auf, eine Kommission zu wählen, die bei Magistrat und Regierung wegen der Mietererhöhung vorstellig werden sollte. Bezeichnend war, daß ein Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion, der sich gegen jede Mietererhöhung wendet, von Deputationsrat und Zentrum abgelehnt wurde, trotzdem gerade diese Herrschaften sich so sozial bei der Erbauung dieser Häuser gehandelt haben. Die Kommission, bestehend aus vier Mitgliedern aller politischen Richtungen, wird nun in den nächsten Tagen bei Regierung und Magistrat vortreten. Hoffen wir, daß es ihr gelingt, die weiteren Mietererhöhungen zu unterbinden, dann ist wenigstens das erreicht, daß kein Mieter aus diesen Häusern auf die Straße gesetzt wird und somit nicht auf die Gnade des Wohlfahrtsamtes angewiesen ist.

### Stahlhelmüberfall auf RFD-Kameraden

Gleiwitz. Am vergangenen Sonntag wurden sechs auf Landagitation unterwegs gewesene RFD-Kameraden in Alt-Gleiwitz von über 30 Stahlhelmabteilungen überfallen.

Arbeiter! Der Faschismus erhebt immer frecher sein Haupt, und das kann er um so mehr, weil die Volkspolitiker sich schüßend vor diese Mordbrenner stellen. Höret keine Minute, um den Kampf gegen den Faschismus zu organisieren und zu führen. Die Parole „Tob dem Faschismus!“ muß in die Tat umgesetzt werden.

### Gleiwitz

#### Zahlung der Kleinrenten

Die nächste Zahlung der Kleinrenten für den Monat März 1929 an die Kleinrentner der Stadt Gleiwitz sowie die eingemeindeten Stadtteile Richtersdorf, Ellguth-Jahrze und Bernitz, mit Ausnahme von Sosnigo, finden am kommenden Donnerstag, dem 28. März 1929, und zwar in den Vormittagsstunden von 8 bis 11 Uhr in den Vorräumen des Stadttheaters auf der Wilhelmstraße statt. Pünktliche Abholung der Renten und das Mitbringen der Ausweisarten ist unbedingt erforderlich.

### Hindenburg

#### Soziale Fürsorge

Die Zahlung der Kleinrentner-Unterstützung für Alt-Hindenburg findet am 27. März in der Zeit von 8 bis 12 Uhr in der Mittelschule, Kronprinzenstraße, Ecke Floriansstraße, statt.

### Beuthen

#### Aus der Magistratsitzung

In die freigewordene Assistentenstelle am hiesigen städtischen Krankenhaus wird der bisher als Medizinalpraktikant beschäftigte Assistentarzt Fritz Niezlony vom 1. 4. d. J. ab einberufen. Als Vorsitzender des Mieteneinigungsamtes ist Landgerichtsdirektor Dr. Prückling und als stellvertretender Vorsitzender Amtsgerichtsrat Dr. Streubel auf weitere zwölf Monate gewählt.

### Miedowitz

#### Ein Arbeiterfreund

Herr Richard W. K. G. Gasthaus- und Kneipier, steht in den bel ihm beschäftigten Arbeitern nur Ausbeutungsbetriebe. Tariflohn zu zahlen, ist W. nicht „imstande“, da die hohen Eintrittspreise des immer vollbesetzten Kinos kaum zur Aufbringung der hohen Luftschmelzfeuer reichen. Stoll jahrl für einen ganzen Monat lage und schreibe 30 Mark monatliche Steuern, während alle anderen Besitzer 15-20 Prozent Kartensteuer abführen müssen. Hier wäre eine nicht zu verachtende Steuereinnahmequelle, für die durch die Bürgermeisterversammlung und den Justizpalast verschuldete Arbeitergemeinde. Der Geschäftsführer des Kinos, Herr K. L. W. A., der nur solche Proletarierinnen als Pianowehlerin beschäftigt, die seinen Wünschen willfährig sind, bekommt außer den 3 Prozent vom Umlauf noch ein Bombengehalt, während Vorführer, Pianowehlerin, Musiker usw. gezwungen werden, unter Tarif zu arbeiten. Die Sache ist jedenfalls ins Rollen gekommen und Herr W. K. G. hat sich vor dem Arbeitsgericht zu verantworten. (Eine Anzeige beim Strafrichter liegt auch vor.) Er verhält sich nun, durch verschiedene Ausflüchte die Kläger um ihren Lohn zu bringen, was ihm jedoch schwer gelingen dürfte. Die Pianowehlerin werden gut tun, sich rechtzeitig einem freien Verbande anzuschließen, damit man dem Herrn W. gehörig auf den Kopf schlägt. Die Proleten und Frauen dürfen jedoch diesem „edlen Arbeiterfreund“ kein Geld ins Haus tragen.

### Rathbor

#### Pfarrer Schulz hat sein Rad

(Von unserem Arbeitertorrespondenten.)

Zwölfmal vorliche Woche konnten wir unserer Einwohnerschaft berichten, daß unser Herr Pfarrer sich ein Telefon zugelegt hat. Diese Jungen behaupteten, daß er mit dem Himmel die telefonische Verbindung herstellen wollte. Die Verbindung mit dem lieben „Herrgott“ scheint nicht so recht zu klappen, da wir neuerdings berichten können, daß der Herr Pfarrer sich ein Radio beschaffte. Der Preis soll nur 200 bis 300 Mark betragen. Es soll, wie uns der Kirchenbiener mitteilt, eine Anlage sein, um mit alle Stationen des Himmels verbunden werden zu können. Dadurch will der Diener Gottes sich vergewissern, was da oben eigentlich los ist, um dann seinen Schäf-

lein bei der Sonntagspredigt „seine Erlebnisse“ mitteilen zu können. Den Dummern soll das Himmelsreich schmachtlicher gemacht werden, um so hier auf Erden ihr schweres Los leichter tragen zu können. Wir raten dem „Seelenhirten“, nur für sich selbst einen Platz da „oben“ reservieren zu lassen.

Wir hören auch weiter, daß Pfarrer Schulz wieder seine Sammler im Dorfe herumtschicken will. Es sollen noch 300 Mark Schulden für die Reparatur der Orgel abzutragen sein. Sollten das nicht Schulden etwa für das Radio sein, Herr Pfarrer? Die Proleten würden gut tun, wenn sie ihre Taschen zuhielten. Die Kirche hat wahrlich genug Geld. Selbst der Vater Staat gibt unsere Steuererträge dieser nimmerlatten Kirche. Und wie ist es mit einem Auto, Herr Pfarrer? Wenn ihr Berufscollegen Wolf in Marlowitz Besitzer eines Autos ist, warum sollten sie es nicht auch werden? Was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Ihr Herr Meister Christus war wirklich nicht so anspruchsvoll.

### Roter Vormarsch auf Planawerke

(Arbeitertorrespondenz)

Die am 23. März stattgefundene Betriebsratswahl zeitigte folgendes Resultat: Die reformistische Liste erhielt 708 Stimmen, gleich 7 Sitze,

### Fundstücke

Im Fundbüro (Mathaus, Zimmer 5) wurden in der Zeit vom 13. bis 22. März als gefunden abgegeben: eine silberne Herren-taschenuhr, ein Geldtäschchen mit einem goldenen Armband und einem kleinen Gelbbetrag. In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet: eine Brieftasche mit 500 Mark, eine braune Manteltasche, eine Geldtasche mit 6 bis 7 Mark und Rechnungen, ein Paket mit einem Schuh und zwei Paar Strümpfen, eine goldene Damenarmbanduhr mit Armband, eine Schürze und eine Brille, ein braunes Handtäschchen mit vier Schüsseln und Taschentuch. Ein Laufen ist ein kleiner brauner Reppstiefel.

#### Wo bleibt das Gesundheitsamt?

Auf dem Getreidemarkt sind durch die langanhaltenden Fröste die Abortanlagen zugefroren gewesen. Die Mieter waren gezwungen, weil der Magistrat keine Abhilfe schuf, die Exkremente in den vorbeistehenden Gräben zu schütten. Durch das eingetretene Tauwetter entströmt aus dieser Stätte ein wirklich nicht angenehmer Duft. Es ist darum auch kein Wunder, wenn im Sommer dort eine Rattenfarm sich aufbaut. Wir Baradenbewohner fordern die sofortige Beseitigung dieser Gauszustände.

## Aus aller Welt

### Der Sarg beim Leichentransport in Flammen geraten

El. Kopenhagen, 24. März. Ein seltener Unglücksfall hat sich am Sonntagabend bei der Ueberführung einer Leiche von Valborg nach dem Krematorium in Aarhus ereignet. Unterwegs geriet das Leichenauto plötzlich in Brand. Dem Chauffeur und einigen Herbeieilenden gelang es, den Sarg aus dem Auto zu ziehen. Er hatte jedoch bereits ebenfalls Feuer gefangen, das aber mit Dedon gelöscht werden konnte. Der Leichentransportwagen ist aber vollständig ausgebrannt.

den Eindringling zur Wache, wo festgestellt wurde, daß es sich um den 20jährigen Kellner Friedrich Herzog aus selbburgischem Gebiet handelt, der vor acht Tagen seine Stellung in Hannover aufgegeben hatte und nach Friedrichshafen übergesiedelt war, um die Orientfahrt des „Graf Zeppelin“ als blinder Passagier mitzumachen.

Tornado zerstört 20 Häuser. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus Newport wurde am Freitag früh Maxwellborn, ein kleines Städtchen im Staate Alabama, überraschend von einem Tornado heimge-sucht, der trotz seiner kurzen Dauer zwanzig Häuser umlegte. Die Regerschule wurde vollkommen zerstört und auch sonst großer Schaden angerichtet. Die ersten Meldungen geben 15 Tote und 50 Verletzte als Opfer an.

Eine Siedlungsgenossenschaft um 83.000 Mark geschädigt. In Düsseldorf, 23. März. Wegen Betrages sind vier Vorstandsmitglieder einer Siedlungsgenossenschaft für Kriegsschadens- und hinterbliebene verhaftet worden. Sie ließen sich bei Errichtung von Neubauten 15 vom Hundert des Gesamtwerkes von den Bauausführenden, in den meisten Fällen Kriegsschadensgeplagten, auszahlen, die sie dann als Bauprojekt-Mieter verbuchten. Nach den bisherigen Feststellungen ist die Genossenschaft um etwa 83.000 Mark geschädigt worden.

Straßenbahnzusammenstoß in Frankfurt a. M. An dem Hauptverkehrsplatz der Frankfurter Innenstadt, der Hauptwache, stießen am Sonntagabend um 20 Uhr zwei Straßenbahnzüge zusammen. Ein Wagen, der in eine Nebenstraße einfuhr, wurde von einem anderen Straßenbahnwagen in die Planke gefahren. Beide Züge wurden schwer beschädigt. Insgesamt gab es sechs Verletzte. Der Verkehr war längere Zeit gesperrt, bis die beschädigten Straßenbahnwagen abgeschleppt waren.

Schwere Unwetterkatastrophe in Mittelamerika. In den Staaten Alabama, Georgia und Carolina sind durch wolkenbruchartige Regen, Hagelstürme und Tornados schwere Schäden angerichtet worden. Sechs Personen sind ertrunken. In der Kirche in Werrilton in Wabow-

die von einem Tornado schwer beschädigt wurde, kamen fünf Neugeborene ums Leben, während acht verletzt wurden. Einem der geisteten Kinder wurde durch den Wind eine Weile weit fortgetragen.

Autobusunglück in England. In Newport stürzte am Sonntagabend ein vollbesetzter Autobus infolge Versagens der Steuerung einen sieben Meter hohen Abhang hinunter, wobei er sich überschlug. Der Fahrer und eine alte Frau erlitten lebensgefährliche Verletzungen. Sehn Insassen wurden leichter verletzt.

Wieder ein blinder Passagier in Friedrichshafen. In der Nacht zum Sonntag wurde ein junger Mann in der Nähe des Eingangstores der Luftschiffhalle entbebt, der Wind und Wetter, strömendem Regen und eisigem Nebel getrieben hatte, um sich in das Luftschiff einzuschleichen, das bereits startklar in der Halle lag. Die Polizei brachte

**Aecht Franck**  
Pakete werden täuschend nachgemacht, darum!  
**Vorsicht beim Einkauf**  
Nur die Pakete mit der Kaffeemühle enthalten die feine Qualität  
**Aecht Franck**



**Vereinigte Theater**  
**Lobe-Theater**  
 Von Sonnabend, den 23. 3.  
 bis Donnerstag, den 28. 3.  
 täglich 20.15 Uhr  
 Finden Sie, das Constance  
 sich richtig verhält?  
 Komödie von  
 W. Somerset Maugham  
 Karfreitag geschlossen!  
 Ostermontag, 20.15 Uhr  
 Neujahrsfeier:  
 Das Mädchen von Heilbronn  
 von Heinrich von Kleist

**Thalia-Theater**  
 Von Sonnabend, den 23. 3.  
 bis Ostermontag  
 täglich 20.15 Uhr  
**Dreimal Hochzeit**  
 Ein New Yorker Schwanf  
 von Anne Nichols  
 Karfreitag  
 geschlossen!

**Schauspielhaus**

Operettenbühne Tel. 86300  
 Täglich 20 Uhr  
 Gastspiel **KLARA KARRY**  
**Tetzchen Gebert**  
 Spielplan der Osterfeiertage:  
 Nachmittags:  
 Ostermontag, 15<sup>1/2</sup> (nachm. 8<sup>1/2</sup>) Uhr  
 In vollständigen Rollen  
**Die Försterhirsche**  
 Ostermontag 15<sup>1/2</sup> (nachm. 8<sup>1/2</sup>) Uhr  
 In vollständigen Rollen  
**Gräfin Mariza**  
 Abends:  
 Ostermontag und Ostermontag, 20 Uhr  
 Gastspiel **KLARA KARRY**  
**Tetzchen Gebert**

**Stadttheater Breslau**

(Opernhaus)  
 Dienstag, 20 Uhr  
 Abonnements-Vorstellung Serie F 15  
**Wida**  
 Mittwoch, 19 Uhr  
 Abonnements-Vorstellung Serie G 15  
**Fürst Igor**  
 Donnerstag, 20 Uhr  
 Abonnements-Vorstellung Serie H 15  
**Zosca**  
 Karfreitag, 18 Uhr  
**Parfial**  
 Sonnabend, 18 Uhr  
**Parfial**  
 Oster-Sonntag, 15 Uhr  
 Nachmittags-Vorstellung zu ermäßigten  
 Preisen (Gr. 2)  
**Rigoletto**  
 Oster-Sonntag, 19.30 Uhr  
**Die Zauberflöte**  
 Oster-Montag 18 Uhr  
**Die Meistersinger von Nürnberg**

**Das Geld ist knapp**

Bei mir erhalten Sie  
 gegen bequeme  
**Teilzahlung**  
 reell und preiswert  
 Damenmäntel 2.-  
 Kleider 2.-  
 Kostüme 2.-  
 Röcke 1.-  
 Blusen 1.-  
 Herrenanzüge 3.-  
 Sportanzüge 3.-  
 Hosen 2.-  
 Herrenmäntel 2.-  
 Konfirm.-Anzüge 2.-  
 Luxuschuhe 2.-  
 Arbeitsschuhe 2.-  
 Bettstellen, eis. 2.-  
 f. Kind u. f. Erw. 2.-  
 Matratzen 1.-  
 Federn 1.-  
 Bettbezüge 1.-  
 Bettlaken 1.-  
 Leibwäsche für  
 Damen u. Herren 1.-  
 Oberhemden 1.-  
 Crkotagen 1.-  
 Pullover 1.-  
 Madras-Gardin. 1.-  
 ELL-Gardinen 1.-  
 Teppiche 1.-  
 Eileterstoffe 1.-  
 Einolcum 1.-  
 Schirme 1.-  
 Korbmöbel 1.-  
 Fahrräder 1.-  
 Nähmaschinen 1.-  
 Kinderwagen 1.-  
 Puppenwagen 1.-  
 Sprachapparate 1.-  
 Schallplatten 1.-  
 Gelgen 1.-  
 Mandolinen 1.-  
 Lauten 1.-  
 Gitarren 1.-  
 Zithern 1.-  
 Ziehharmonikas 2.-

**Alfred Mücke**

Breslau  
 Tauenzigstr. 31.

Dr. Zimmers  
 Gicht- u. Rheu-  
 matisches-Tee hat  
 sich seit 30 Jahren  
 vortrefflich bewährt. Ueber  
 20000 Anerkennungen.  
 Paket M. 1.80 u. 2.50  
 in fast allen Apotheken.  
 Dr. Zimmer & Co.,  
 Leipzig 832

**Ämtliche Bekanntmachung  
 von Breslau**

Die Städtische Steuerklasse I, Blücherplatz 6/7, I,  
 II, Matthiasstraße 14,  
 IV, Tiergartenstraße 1,  
 VI, Gustav-Freytag-Straße 15,  
 VII, Gartenstraße 3,  
 IX, Hohensobernstraße 10,  
 XI, Friedr.-Wilh.-Str. 101,  
 XII, Blücherplatz 6/7, II,  
 bleiben wegen Jahresabschlussarbeiten  
 Sonnabend, den 30. März 1929,  
 für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.  
 Breslau, 28. März 1929.  
 Der Magistrat, Steuerverwaltung.

**Sie verdienen  
 täglich**  
 10 Mark  
 mit Schnürsenkel  
 Nur persönl. kommen  
**Reste**  
 in Serge, Kiffel, Gein-  
 mand, Aermelstuler  
 Rohhaar, Garn, Knöpfe  
 Kernseife, Erdal  
 alles sehr billig  
 prima Ware  
**Detail und Engros**  
**Berth. Lippert**  
 Breslau  
 Heinrichstraße 18  
 Filiale: Oberstr. 17  
 Weißgerbergasse 43

**Kurbad Gräbschen**  
 Gräbschener Straße 54, Telefon 54 982  
**Eröffnung Dienstag, den 26. März**  
**Wannen- und Zusatzbäder**  
**Licht-, Dampf- und Massage-Bäder**  
 Privat und Krankenkassen  
 Geöffnet werktags 8-20 Uhr, Sonntag 8-12 Uhr

**Schuh-Reparaturen**

Schuh-Färberel - Crepe-Besohlung  
 Stielbesohlen in 20 Minuten  
 nur bei  
**Schuhstandsetzungs-Betrieb**  
**„HANSA“ G.M.B.H.**  
 Herzogstr. 36 (Ecke Matthiasstr.) Gräbschener Straße 16  
 Matthiasstraße 128 Alsenstraße 27  
 Friedrich-Wilhelm-Straße 75 Cauenzienstraße 150  
 Neudorfstraße 84 Adalbertstraße 17  
 Bohrauerstraße 30

**Niedererkahnde Gelegenheitskäufe**

**Möbel**  
 zu außerordentlich billigen Preisen  
 in Küchen, Schlaf-, Speise- u. Herren-  
 zimmern sowie einzelne Schränke,  
 Bettstellen, Tische, Chaiselongues,  
 Sofas, Stühle, Schreibtische, Wasch-  
 kommoden, Nachtschränken usw.  
**Teilzahlung**  
 bei kleinsten Raten, evtl. auch ohne  
 Anzahlung (Bei Krankheit, Arbeits-  
 losigkeit größte Rücksichtnahme)  
**Möbelhaus Rosner**  
 Breslau  
 Frankfurter Straße 100 a  
 am Schlachthof  
 Bei einem evtl. Kauf wird Bahnfahrt  
 III. Klasse hin und zurück vergütet

**Eleg. Herren- u. Knaben-**

**Bekleidung billigst**  
 Da in eigener Werkstatt  
 gearbeitet, unter Garantie  
 neuester Schnitt und tadel-  
 losen Sitz  
**Anzüge von 21.50 an**  
 bis zur feinsten  
 Maß-Konfektion  
 Darum lohnt es sich, in das  
**Bekleidungshaus**  
 Neudorfstraße 15 zu gehen

**MÖBEL**

Schlafz. Elche kpl. 180 br. 580 M.  
 Spiegelschrank 3 teilig, poliert 130 M.  
 Auszugtische 48 M., Chaiselongue 95 M.  
 Kücheneinrichtung, 7 teilig 135 M.  
 2 Bettstellen Elche 95 M.  
 Chaiselongues, Sofas, jede Proleage  
 Kataloge gratis! Teilzahlung gestattet!  
**Max Giescl, Brüderstr. 23**

**Parteilgenossen!**  
 Kauft nur bei den Inserenten  
 Eurer Zeitung

**Geschäfts-Eröffnung!**

Der geehrten Einwohnerschaft von Dittersbach,  
 Waldenburg und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß  
 ich am **Mittwoch, dem 27. März 1929** die in meinem  
**Neubau, Hauptstraße 35**  
 ganz modern eingerichteten  
**Destillations-Räume und Gaststätten**  
 eröffne.  
 Es wird mein Bestreben sein, die mich beehrenden  
 Gäste in den für jedermann behaglichen Lokalitäten  
 zur vollen Zufriedenheit zu bedienen.  
 In diesem Zusammenhange danke ich verbindlichst  
 für das mir im bisherigen Geschäft entgegengebrachte  
 Vertrauen und bitte ergebend, mich in meinem neuen  
 Unternehmen freundlichst unterstützen zu wollen.  
 Hochachtungsvoll ergebene  
**Adolf Rodde**, deutscher  
**Dittersbach, Hauptstr. 35**, gegenüb. d. Ofenfabrik  
 Von meinem reichhaltigen Lager empfehle ich als  
 Spezialität  
**Alte abgelagerte Brantweine**  
 sowie feinsten Jamaika-Rum, diverse Weinbrände und  
 Edelbrände. — Billigste Bezugsquelle für Weiß-, Süß-,  
 Rot- und Obstweine vom Faß und in Flaschen.  
 Gut sortiertes Lager in Zigaretten und Zigarren.  
 Bitte genau auf meine Firma zu achten.

**Tassilo Krienke**  
 Zigarren-Spezialhaus  
 Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

**Genossen!**  
 Werbt  
 neue Leser!

**Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein**

Neuaufnahme in der hauswirtschaftlichen Berufsschule  
 Weißstein  
 Alle Mädchen aus Weißstein, einschließlich Ortsteil Neu-  
 Salzbrunn, und aus Konradshäl, die am 27. März d. J.  
 die Volksschule verlassen, sind berufsschulpflichtig und  
 haben die hauswirtschaftliche Berufsschule hier selbst an den  
 festgesetzten Stunden zu besuchen.  
 Sämtliche Mädchen, die unter Wöjaj I dieser Bekannt-  
 machung fallen, werden hierdurch aufgefordert, ihre An-  
 meldung persönlich zu bewirken.  
 Die Neuaufnahme der Schülerinnen in der hiesigen  
 hauswirtschaftlichen Berufsschule findet statt:  
 am 27. März 1929, 15 Uhr, Volksschulgebäude II  
 in Weißstein, 1. Stad, Konferenzzimmer.  
 Wer durch Krankheit pp. am persönlichen Erscheinen  
 verhindert ist, hat sich schriftlich anzumelden.  
 Hierbei weise ich darauf hin, daß nach der bestehenden  
 Ortsordnung betreffend die Berufsschulpflicht für die in der  
 Gemeinde Weißstein errichtete hauswirtschaftliche Berufss-  
 chule alle im hiesigen Gemeindebezirk und in Konradshäl  
 beschäftigten oder wohnenden, nicht mehr volksschul-  
 pflichtigen weiblichen Jugendlichen unter 18 Jahren, gleich-  
 viel welchem Berufe sie angehören und ob sie überhaupt  
 in einem Arbeitsverhältnis stehen oder nicht, berufsschul-  
 pflichtig sind.  
 Soweit die Schulpflichtigen nicht in einem Arbeits-  
 verhältnis stehen, treten die Eltern oder ihre gesetzlichen  
 Vertreter an die Stelle der Arbeitgeber und haben die An-  
 und Abmeldung der Schülerinnen bei der Schul-  
 leiterin innerhalb sieben Tagen schriftlich zu bewirken.  
 Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht Bestrafung im  
 Wege der Schulzucht gemäß § 5 der vorgenannten Orts-  
 ordnung oder auf Grund des § 150 Ziffer 4 der Gewerbe-  
 ordnung erfolgt, nach § 9 des Gesetzes betreffend die Er-  
 weiterung der Berufsschulpflicht vom 31. Juli 1923 mit  
 Geldstrafe bis zum zehnfachen Betrage des Lohnes, den  
 die Schulpflichtige für den Tag der Schulverhinderung ver-  
 diene, im Unvermögensfalle mit entsprechender Haft be-  
 straft. Bei Jugendlichen, die keine oder nur geringe Ver-  
 gütung (Zahngeld) beziehen, wird der ortsübliche Lohn-  
 satz für gleichaltrige Jugendliche der Bestrafung zu-  
 grunde gelegt. Sachbezüge (freie Wohnung, freie Be-  
 löstigung pp.) werden mit dem vom zuständigen Finanz-  
 amt hierfür festgesetzten Betrage angerechnet.  
 Gleichzeitig weise ich unter Bezugnahme auf § 4 der  
 erwähnten Ortsordnung die Arbeitgeber darauf hin, daß sie  
 ihren Arbeitnehmern unter 18 Jahren, die eine Berufs-  
 schule besuchen, die hierzu erforderliche freie Zeit zu ge-  
 wahren und sie zum pünktlichen und regelmäßigen Schul-  
 besuch anzuhalten haben. Hierbei weise ich auch auf die  
 dem Arbeitgeber obliegende Verpflichtung, die Berufs-  
 schulpflichtigen beim Eintritt in das Arbeitsverhältnis  
 und beim Austritt aus demselben innerhalb sieben Tagen  
 schriftlich bei der Schulleiterin an- bzw. abzumelden ganz  
 besonders hin. (§ 120 der Reichsgewerbeordnung.)  
 Arbeitgeber, welche diesen Verpflichtungen nicht nach-  
 kommen, werden gemäß § 150 Ziffer 4 a. a. O. bestraft.  
 Der Gemeindevorsteher  
 und Vorsitzende des Berufsschulvorstandes  
 der hauswirtschaftlichen Berufsschule  
 Hertwig

**Ämtliche Bekanntmachung  
 von Dittersbach**

Die Ausgabe der beglaubigten Renten-  
 Quittungen für Monat April 1929 er-  
 folgt nicht, wie ursprünglich bekanntge-  
 macht, im Büro Neubauer Siebling,  
 sondern am **30. März 1929, vormittags**  
**8-10 Uhr,**  
 im **Einwohner-Beizeamt**  
 Dittersbach, den 28. März 1929  
 Der Gemeindevorsteher  
 Roefler.

Erteil. Schreibmaschinenunterricht  
 für Anfänger und Fortgeschrittene.  
 Sämtliche Schreibmaschinenarbeiten  
 werden schnellst u. billigst ausgef.  
 Buchhandlung  
**E. Breuer, Gleiwitz**  
 Ebertstraße 26

**Berufskleidung**

Eigenes Fabrikat  
 Gediegene Stoffe Sauberste Näharbeit



Fleischers-  
 Jackett 8.-  
 Konditor-  
 Jacke 7.-  
 Fleischerschürze 1.65  
 Kochjacke 7.-  
 Kochhose 6.-  
 Kellnerjackett 6.25  
 Dienerjoppe 6.90  
 Malerkittel 4.25  
 Schriftsetzkittel 6.-  
 Aerzte-Mantel 8.-  
 Schutz-Mantel 5.90  
 Monteur-Anzug 8.-  
 Frisörjackett 6.25  
 Frisör-Mantel 8.-

**Lehrlings-Berufskleidung**

in allen Größen zu entsprechenden Preisen.  
 Damen-Schutz-  
 mantel, Rohwessel 4.50  
 Damen-Berufs-  
 mantel, weiß. Lina 4.90  
 Damen-Berufs-  
 mantel, schwarz. od.  
 dunkelblau. Zanella 6.90  
 Berufs-Schürze  
 mit langen Ärmeln,  
 weiß. Lina 5.70  
 Hauskleid  
 einfarbiger Zephir 2.90  
 Servierkleid  
 schwarz. Satin, mit  
 langen Ärmeln 7.50

**Leirenhaus**  
**Bielschowsky**  
 Nikolaistr. 72/76 Breslau Ecke Herrenstr.

**Inserate  
 in unserer  
 Zeitung  
 haben  
 größten  
 Erfolg**

Wir liefern  
 Plakate  
 Briefbogen  
 Rechnungen  
 Programme  
 Einladkarten  
 Flugblätter  
 Werke  
 Zeitungen  
 Zeitschriften  
 Rotationsdruck  
 Massenanlagen  
 prompt und  
 preiswert

**PEUVAG**  
 Papier-Erzeugungs-  
 und Vertriebs-  
 Aktien-Gesellschaft  
 Berlin  
 Fil. Breslau  
 Trebnitzer Str. 50

**U**  
**LICHTSPIELE**  
**GLEIWITZ** GEGENÜBER HAUPTPOST  
 TEL. 3855  
 Dienstag bis Donnerstag  
**Der Original-Film**  
 von der Rettung der Nobile-Nord-  
 pol-Expeditions-Teilnehmer durch  
 den russischen  
**Eisbrecher Krassin**

**Das weiße  
 Geheimnis**  
 Reines Tatsachenmaterial!  
 Erschütternd und spannend!  
 Der 2. Film:  
**Gustav Freytags**  
**Soll und Haben**  
 Am Karfreitag: 6 und 8,15 Uhr  
**Die Leuchte Asiers**